

# **Beschlüsse des Landesparteitages der Berliner SPD**

# Landesparteitag der Berliner SPD am 21. November 2011

## Beschlüsse

Wiedervorlage | Antrag Nr. 02/I/11

(vertagt vom LPT am 13.05.11)

Abt. 10 | Treptow-Köpenick

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Überweisung an

BT-Fraktion

### Kodifikation des Arbeitsrechts

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich weiterhin dafür ein, dass eine Kodifikation des Arbeitsrechts in einem Arbeitsvertragsgesetzbuch im Sinne eines 1:1-Restatements erfolgt.

---

Wiedervorlage | Antrag Nr. 05/I/11

(vertagt vom LPT am 13.05.11)

AfA LAK

Der Landesparteitag möge beschließen:

Annahme

i. d. F. d. AK

### Bessere Bezahlung und Streikrecht für die Beschäftigten der Religionsgemeinschaften, in der Diakonie und anderen Tendenzbetrieben

Die SPD unterstützt die Kolleginnen und Kollegen die bei Religionsgemeinschaften, in der Diakonie und anderen Tendenzbetrieben beschäftigt sind in ihrem Kampf um die Durchsetzung ihres Rechts auf Streik, den Abschluss von Tarifverträgen und Mitbestimmung auf der Grundlage des Betriebsverfassungsgesetzes. Dies gilt insbesondere für die in den „Wirtschaftsbetrieben“ Beschäftigten. Der Landesparteitag fordert unsere Mandatsträger im Senat, dem Abgeordnetenhaus und im Bundestag auf, diese Forderungen ebenfalls zu unterstützen.

---

Wiedervorlage | Antrag Nr. 10/I/11

(vertagt vom LPT am 13.05.11)

Abt. 8 | Friedrichshain-Kreuzberg

Der Landesparteitag möge beschließen:

Überweisung an

AH-Fraktion

### Einsparungen bei der Grundsicherung im Alter für die aktive Arbeitsmarktpolitik verwenden

Berlin hat seit Jahren mit steigenden Kosten bei der Grundsicherung im Alter zu kämpfen. Nun hat die Bundesregierung angekündigt, die Kosten für die Grundsicherung im Alter zu übernehmen. Berlin wird damit weit über 300 Millionen Euro einsparen können (2008: 284,1 Millionen Euro, 2009: 318,7 Millionen Euro). Ab 2012 werden diese Kosten Stück für Stück entfallen.

Das Abgeordnetenhaus von Berlin und der Senat des Landes Berlin werden aufgefordert, die Einsparungen bei den Kosten für die Grundsicherung im Alter nicht allein für die Schuldentilgung zu verwenden, sondern auch in die aktive Arbeitsmarktpolitik zu investieren.

Durch das Sparpaket der Bundesregierung aus dem Jahr 2010, werden schon jetzt kaum noch Ausbildung und Weiterbildung von der Bundesagentur für Arbeit finanziert. Nach der zusätzlichen Streichung der Mittel - halber Prozentsatz von der Umsatzsteuer für die Bundesagentur für Arbeit - noch weniger.

Wir Sozialdemokraten des Landes Berlin wollen keinen Menschen zurücklassen. Wir wollen, dass Menschen ohne Arbeit – da wo es nötig ist - befähigt werden, aktiv am Arbeitsleben teilzuhaben. Angesichts des ab 2013 drohenden Fachkräftemangels haben wir jetzt die Chance, die Menschen in Arbeit zu bringen, die keine Arbeit haben. Deshalb muss

# Landesparteitag der Berliner SPD am 21. November 2011

## Beschlüsse

jetzt in die Bildung und Weiterbildung von Arbeitslosen im SGB II-, SGB III- und SGB XII-Bezug investiert werden.

Wir wollen in 2020 ein Szenario, in dem wir Vollbeschäftigung erreichen und kein Szenario, in dem wir einen Fachkräftemangel und gleichzeitig ein Heer von arbeitslosen Menschen haben.

---

### Antrag Nr. 01/II/11

**Annahme**

#### Koalitionsvereinbarung zwischen der SPD Berlin und CDU Berlin

Der Landesparteitag stimmt der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD Berlin und CDU Berlin in der vorliegenden Fassung zu.

---

### Antrag Nr. 02/II/11

**Annahme**

#### KDV Steglitz-Zehlendorf

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

#### Offenlegung der Veräußerungsverträge der Städtischen Wohnungsbaugesellschaften und des städtischen Wohnungsbestandes

Die SPD Mitglieder des Senats von Berlin werden aufgefordert dafür zu sorgen, die bisherigen Veräußerungsverträge der Städtischen Wohnungsbaugesellschaften in allen Einzelheiten, Nebenabsprachen und Nebenabreden, insbes. über den Schutz der Mieter, noch in diesem Jahr in geeigneter Weise offenzulegen.

---

### Antrag Nr. 03/II/11

**Annahme**

#### KDV Steglitz-Zehlendorf

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

#### Erbbaurecht für Industrie und Gewerbe

Die sozialdemokratische Fraktion im Abgeordnetenhaus wird gebeten, darauf hinzuwirken, dass verstärkt landeseigene Grundstücke für Industrie und Gewerbe, insbesondere für Existenzgründer, vom Land Berlin auch im Wege des Erbbaurechts vergeben werden. Das Zielbild des Liegenschaftsfonds ist entsprechend anzupassen

---

### Antrag Nr. 04/II/11

**Annahme**

#### KDV Friedrichshain-Kreuzberg

**i. d. F. d. AK :**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

#### Zweckentfremdung von Wohnraum

Die SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses und der Senat werden aufgefordert, in Erfüllung des Verfassungsauftrags in Artikel 28 der Verfassung von Berlin Maßnahmen gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum (insbesondere gewerbliche Nutzung als Ferienwohnungen) und in besonderen Ausnahmen die Genehmigungspflicht für anderweitige Nutzung von Wohnraum zu ergreifen.

---

### Antrag Nr. 05/II/11

**Überweisung an**

#### KDV Friedrichshain-Kreuzberg

**AH-Fraktion**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

#### Veräußerung landeseigener Grundstücke

Der SPD geführte Senat und die SPD Fraktion wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die Veräußerung landeseigener Grundstücke sofort unterbrochen wird. Zunächst werden die Grundstücke bestimmt, welche zum Zweck der Wohnbebauung an landesei-

# Landesparteitag der Berliner SPD am 21. November 2011

## Beschlüsse

gene Wohnungsbaugesellschaften übertragen werden. Gleichzeitig ist nach öffentlicher Bekanntgabe aller Liegenschaften für jeden Bezirk mit Bürgerbeteiligung ein Bedarfsplan aufzustellen, der auf die Erfordernisse der nächsten fünf Jahre für soziale Infrastruktur mit Kindertagesstätten, Bildungs-, Sport- und kulturellen Einrichtungen unter Ausnutzung der landeseigenen Liegenschaften ausgerichtet ist. Dieser Bedarfsplan ist fortzuschreiben. Landeseigene Grundstücke dürfen nur noch veräußert werden, wenn sich aus dem Bedarfsplan ergibt, dass langfristig kein städtischer Bedarf für die Daseinsvorsorge vorhanden ist.

Der Verkauf landeseigener Grundstücke hat inzwischen dazu geführt, dass in den Bezirken keine Handlungsmöglichkeit gegeben ist, den demographischen Veränderungen Rechnung zu tragen. Beispielhaft ist in einigen Bezirken festzustellen, dass keine Möglichkeit für ausreichende Versorgung bei der Kinderbetreuung besteht. Die Veräußerung landeseigenen Vermögens vor dem Hintergrund kurzfristigen pekuniären Erfolges ohne Bedarfsplanung führt langfristig zur Beschädigung des politischen Gestaltungsspielraumes in der gesamten Stadtentwicklung. Dem ist dringend Einhalt zu gebieten.

---

### Antrag Nr. 06/II/11

#### KDV Friedrichshain-Kreuzberg

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Überweisung an  
AH-Fraktion**

#### Wohnungsaufsichtsgesetz

Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus hat sich dafür einzusetzen, dass die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung die Änderung der Ausführungsvorschriften zum Wohnungsaufsichtsgesetz so ändert, dass die gesetzlichen Regelungen wieder vollumfänglich auf leer stehende Wohnungen angewendet werden können. Hierfür ist in den Ausführungsvorschriften zu § 1 der letzte Absatz zu streichen.

Das Gesetz zur Beseitigung von Wohnungsmisständen ist ein gesetzlicher Regulierungsmechanismus bei der Versorgung mit Wohnraum. Der § 1 Abs. 3 WoAufG Bln beinhaltet: „Dieses Gesetz findet auch Anwendung auf ungenehmigt leerstehende, zu Wohnzwecken genehmigte Wohnungen.“ Seit Jahren ist den Behörden der Zugriff auf leer stehenden Wohnraum verwehrt, weil die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung die Ausführungsvorschriften zu § 1 um den letzten Absatz wie folgt ergänzt hat:

„Solange in Berlin keine Wohnraummangellage besteht, ist es nicht opportun, Maßnahmen der Wohnungsaufsicht in leerstehenden Wohnungen durchzuführen oder durch derartige Maßnahmen die Bewohnbarkeit leerstehender Wohnungen wiederherzustellen. § 1 Abs. 3 WoAufG Bln kann deshalb zur Zeit keine Anwendung finden.“

Wegen der offenkundig großen Anzahl leer stehender Wohnungen, die wegen ihres baulichen Zustandes nicht der Wohnungsmarkt zur Vermietung zugeführt werden, ist es dringend erforderlich, den Behörden wieder die Möglichkeit zur Anwendung des Gesetzes zu geben. Das Land Berlin wird damit in die Lage versetzt, einen Teil seines Verfassungsauftrages aus Artikel 28 der Verfassung von Berlin, die Schaffung und Erhaltung von Wohnraum zu fördern, ohne Einsatz von Haushaltsmitteln zu erfüllen.

---

### Antrag Nr. 07/II/11

#### KDV Mitte

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Annahme**

#### Kosten der Unterkunft

Die Regelsätze für die Kosten der Unterkunft (KdU) nach der AV-Wohnen sind zu über-

# Landesparteitag der Berliner SPD am 21. November 2011

## Beschlüsse

prüfen, weil der Mietspiegel in Berlin drastisch angezogen hat und erneut über 13% Steigerungen zu erwarten und zu befürchten sind.

---

Antrag Nr. 08/II/11

KDV Mitte

Der Landesparteitag möge beschließen:

Überweisung an  
Landesvorstand

**Selbstverwaltung auf Bezirksebene durch transparente, steuerbare und an dem Bedarf der Bezirke ausgerichtete Finanzausstattung sicherstellen.**

### I. Zielsetzung

Die Bezirkshaushalte hängen in großem Maße von bundes- und landespolitischen Rahmenbedingungen ab. Ausfinanzierte Bezirkshaushalte setzen zum Einen eine verbesserte Finanzausstattung durch den Bund voraus. Zum Anderen muss das Land seine Verpflichtungen zur auskömmlichen Finanzierung seiner 12 Bezirke erfüllen, um die Bezirke als starke Akteure, in denen die Bürger ihre unmittelbarsten Lebenserfahrungen machen, handlungsfähig zu erhalten.

Das Budget der Bezirke wird im Haushaltsplan des Landes Berlin festgelegt, nach beratender Beteiligung der Bezirke und Fachverwaltungen. Lediglich die Verteilung der im Globalbudget zugestandenen Finanzmittel kann ein Bezirk selbständig vornehmen. Eigene Einnahmemöglichkeiten haben die Bezirke nur in sehr geringem Umfang.

Den Bezirken zufließende Mittel werden von der Senatsverwaltung medianorientiert budgetiert. Die Bevölkerungsentwicklung bestimmt dabei die Schulentwicklungsplanung ebenso wie die Neuausrichtung der notwendigen Schulstrukturen und die Jugendhilfe-Einrichtungen sowie Freizeitstätten wie Sport- und Grünanlagen mit Spielplätzen.

Ein großer Teil der Bevölkerung in Berlin ist auf Transferleistungen angewiesen. Unter den Transferleistungen sind Leistungen, auf die die Bürgerinnen und Bürger einen rechtlichen Anspruch haben, so z.B. im Bereich der Transferleistungen oder der Bereitstellung von Kitaplätzen. Hier fungieren die Bezirke als Mittel ausreichende Behörde. Über den Leistungsanspruch selbst bestimmen die Gesetzgeber in Land und Bund. Unter den o.g. Leistungen sind aber auch solche, die den sogenannten „freiwilligen sozialen Leistungen“ zugeordnet sind. Dazu gehören alle wesentlichen Infrastrukturangebote, wie z.B. Jugend- und Seniorenfreizeitstätten, Bibliotheken, Musikschule, Volkshochschule, Sportanlagen und Grünflächen. Diese Leistungen der Daseinsvorsorge bestimmen in erster Linie die Lebensqualität in den Bezirken und werden von uns als „politische Pflichtenaufgaben“ angesehen-. Sie müssen in ausreichender Anzahl und Qualität angeboten werden.

Die Bezirke sind der unmittelbare Lebensraum für die Menschen in Berlin. Hier machen wir Bürger die unmittelbarste Erfahrung damit, ob staatliche Leistungen an den Bedürfnissen der Bürger und den Grundsätzen einer sozialen und verantwortungsbewussten Gemeinschaft entsprechen.

In Berlin als Stadtstaat ist die Situation dabei eine Besondere. Sie ist dadurch gekennzeichnet, dass sich Land und Bezirke die kommunalen Aufgaben teilen, somit ist eine haushaltspolitische Gesamtstrategie für das Land und seine Bezirke erforderlich.

Diese muss es den Bezirken ermöglichen:

Als wesentliche Leistungen, die in Berlin die Bezirke wahrzunehmen haben, müssen sichergestellt werden:

- ausfinanzierte Schulen und Kindergärten als Basiseinrichtungen des Bildungssystems,

# Landesparteitag der Berliner SPD am 21. November 2011

## Beschlüsse

- die bedarfsgerechte Versorgung mit Jugendfreizeit,- Sport- und Senioreneinrichtungen,
- ausreichend außerschulische Bildungsangebote in Bibliotheken, Volkshoch- und Musikschulen zur Sicherung eines chancengleichen Zugangs,
- Kulturangebote und -förderung für Jedermann,
- eine Basisversorgung zur Gesundheits- und Integrationsförderung,
- die Gestaltung und Pflege der öffentlichen Grünanlagen und des öffentlichen Raumes zur Nutzung durch die Bürger,
- die Absicherung der Bedürftigen mit staatlichen Transferleistungen sowie
- lokale Strategien der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderungen.

2. Vorausschauende und präventive Arbeit, damit nicht zusätzliche Belastungen auf die nächsten Jahre und die nachfolgende Generation verlagert werden (Hilfen zur Erziehung, Nutzung der Plätze und Freiflächen, Stadtraumgestaltung auch für die Bewohner, nicht nur vorrangig für Touristen). Auch in Zeiten der Haushaltskonsolidierung ist darauf zu achten, dass entsprechende Ausstattungsstandards nicht unterschritten werden. Volkswirtschaftlich würde eine Politik ohne Präventionsansatz lediglich eine Verschiebung der Probleme auf die nachfolgenden Generationen bedeuten.

3. Personalpolitik muss auch Personalentwicklungspolitik sein und nicht lediglich als Kostenmanagement verstanden werden. Eine weitere Überalterung der Verwaltung ohne Neueinstellungen in Kauf zu nehmen, kann nicht Ziel sozialdemokratischer Politik sein. Werden Aufgaben an externes Personal ausgelagert, muss in besonderer Weise der Schutz von Daten der Bürger sichergestellt werden.

Im Sinne einer neuen sozialen Ordnung stellen Kommunen die zentrale Ebene der Politik und des Lebens der Menschen dar. Es ist somit von außerordentlicher Bedeutung, dass die Kommunen – und in Berlin die Bezirke – in die Lage versetzt werden, ihren Aufgaben der Daseinsvorsorge nachzugehen. Deswegen stellen wir Forderungen an Bund und Land.

### II. Forderungen an den Bund

Die angemessene Aufgabenwahrnehmung der Bezirke ist durch die Politik der Bundesregierung akut gefährdet. Die Finanzlage der Kommunen - in Berlin: von Land und Bezirken – hat sich auch aufgrund der verfehlten Politik der Bundesregierung dramatisch verschlechtert. Die Bundesvereinigung der Kommunalen Spitzenverbände erwartet für das Jahr 2011 ein Defizit von 11 Mrd. Euro. Viele Kommunen können mit ihren Einnahmen ihre Ausgaben nicht mehr decken. Es drohen zusätzliche Konsolidierungslasten, die in die weitere Entlassung von Personal, die Streichung elementarer Dienstleistungen und die Erhöhung von Gebühren für öffentliche Dienstleistungen münden werden.

Allein die Klientelgesetze der Bundesregierung, mit denen Hoteliers gefördert und die Bemessungsgrundlage der den Kommunen zufließenden Gewerbesteuer reduziert wurden, haben für die Kommunen Einnahmeausfälle von 2,4, Mrd. Euro zur Folge. Hier muss die schwarz-gelbe Bundesregierung dafür sorgen, dass die Gesetze zurückgenommen werden. Alle von der schwarz-gelben Koalition beabsichtigten Vorhaben für Steuersenkungen, die zu weiteren Belastungen der Kommunen führen würden, müssen unterlassen werden.

Diese Maßnahmen reichen jedoch nicht aus. Wir müssen die Kommunen – in Berlin: Land und Bezirke – langfristig zukunftsfähig machen. Die Kommunen sind strukturell unterfinanziert.

Mit der Hilfe für Menschen mit Behinderungen, der Grundsicherung im Alter, den Kosten

# Landesparteitag der Berliner SPD am 21. November 2011

## Beschlüsse

der Unterkunft und vielen anderen „gesetzlichen Pflichtleistungen“ übernehmen die Kommunen Aufgaben, welche nicht in allen Fällen genuine kommunale Leistungen sind. Auch für das Land Berlin sind die wachsenden Kosten in diesen Bereichen der „steuerbaren“ und „nicht steuerbaren“ Transferausgaben ein großes Problem. Auf Landesebene sind sie mitbestimmend für die hohen Gesamtausgaben im Haushalt und behindern die Bemühungen zur Konsolidierung und zum Schuldenabbau. Der demographische Wandel wird in diesem Ausgabebereich bei gleich bleibenden Bedingungen für weitere Zuwächse sorgen und den finanziellen Druck auf die freiwilligen sozialen Leistungen und die Personalausstattung weiter erhöhen. In vielen Bezirken Berlins waren die nicht auskömmlichen Zuweisungen des Landes für die Transferausgaben und unzureichende bezirkliche Steuerung Ursache für die angehäuften Altschulden. Auch dieser Schuldenabbau wird durch Einschränkungen in anderen Politikfeldern bezahlt werden müssen.

Wir wollen die Kommunen – und damit in Berlin Land und Bezirke – hier entlasten. Dazu fordern wir, dass der Bund sich deutlich stärker an der Finanzierung der Kommunen beteiligt. Dazu gehört die dauerhafte Übernahme der Grundsicherung im Alter in Höhe von ca. 4 Mrd. Euro. Daneben fordern wir, die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft weiter von heute 23 % zu erhöhen. Die Hilfe kommt insbesondere den Kommunen zugute, die durch Kosten der Unterkunft und Grundsicherung besonders belastet sind. Alternativ ist auch eine stärkere Beteiligung der Kommunen an der Umsatzsteuer denkbar. Wichtig ist, dass die Kommunen spürbar strukturell entlastet werden.

Aber auch das Land Berlin muss organisatorische und strukturelle Verbesserungen vornehmen, um die Bezirke besser zu stellen.

### III. Forderungen an das Land

Ein spezielles Berliner Problem ist die Komplexität der Finanzbeziehungen zwischen Land und Bezirken, die eine Planung und ein Controlling, das in den Folgejahren zu mehr Steuerung führen kann, erschweren bis unmöglich machen. Insbesondere die sogenannten steuerbaren Transferausgaben – z.B. Hilfe zur Erziehung, Hilfe in nicht steuerbaren Lebenslagen wie z.B. Hilfe für Menschen mit Behinderungen etc. – sind de facto nur schwer bzw. nicht steuerbar.

Die Berliner Bezirke leben – anders als die Kommunen in Flächenländern, die eigene Steuer- und Gebühreneinnahmen erheben können – praktisch ausschließlich von den Finanzzuweisungen des Landes Berlin. Lediglich Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung, der Parkraumbewirtschaftung und anteilig aus dem Verkauf bezirklicher Grundstücke und Immobilien können vom Bezirk in Art und Umfang erheblich selbst bestimmt werden. Diese Einnahmen machen jedoch nur ca. 1 Prozent des Gesamthaushaltes aus. Daneben gibt es Globalzuweisungen, die zwar nach einem bestimmten Schema errechnet und zugewiesen werden, aber z.T. von den Bezirken frei verwandt werden.

Das Finanzierungssystem an die Bezirke ist wesentlich durch das System der Produktbudgetierung gekennzeichnet. Die nach Produkten erbrachten Leistungen werden nach dem Prinzip „Menge mal Median (mittlerer Preis des sechst- und siebtteuersten Bezirks) des vorvergangenen Jahres“ zugewiesen. Dieses System wird dann jedoch durch etliche Instrumente, z.B. durch Normierung auf das Gesamtsystem und auf einzelne Produkte vom Land nachgesteuert und in seinem finanziellen Gesamtumfang gemindert. Auf diese Weise hat das Land den Bezirken z.B. für das Jahr 2010 im Vergleich zum Jahr 2008 noch einmal ca. 56 Mio. € weniger Mittel zugewiesen. Der Eckwertebeschluss 2011 bringt ebenfalls nochmals dramatische Kürzungen mit sich.

# Landesparteitag der Berliner SPD am 21. November 2011

## Beschlüsse

Das Zuweisungssystem hat sich bislang nur grundsätzlich im Vergleich zum früheren System der Kameralistik als praktikabel erwiesen, muss aber auf Basis der ursprünglichen Konzeption endlich „zu Ende gedacht“ werden. So fordern es einvernehmlich die 12 Berliner Bezirke in einem Beschluss des Rats der Bürgermeister im Frühjahr 2008.

Das Land Berlin muss die Zuweisung auf Basis „Menge mal Preis des vorangegangenen Jahres“ unter Verzicht auf die Anwendung o.g. zusätzlicher Faktoren verlässlich herstellen. Nur damit wäre es den Bezirken möglich, ihr Leistungsniveau insgesamt auf dem jetzigen Stand zu halten.

Für die Finanzierung bei den sogenannten steuerbaren Transferausgaben – z.B. Hilfe zur Erziehung, Hilfe in nicht steuerbaren Lebenslagen wie z.B. Hilfe für Menschen mit Behinderungen, Kitaausgaben etc. – bedarf es dabei zusätzlicher Vereinbarungen. Diese Ausgaben sind de facto nur schwer bzw. nicht steuerbar.

Das Land Berlin muss zusätzlich zur Zuweisungssystematik „Menge x Preis“, die eine effiziente Kostenentwicklung sicherstellt, im Rahmen der Basiskorrektur im Jahresabschluss nicht durch den Bezirk zu verantwortende zusätzliche Ausgaben, z.B. durch eine wachsende Anzahl von Anspruchsberechtigten durch die demographische Entwicklung oder politische Entscheidungen auf Landesebene – in voller Höhe finanzieren.

Ein Wettbewerb zwischen den Bezirken darf nur an den richtigen Stellen, nämlich in Bereichen, die unter betriebswirtschaftlichen Bedingungen steuerbar sind und auf Grundlage von Mindeststandards, erfolgen. Wir lehnen ungerechtfertigte Preis- und Mengenkorrekturen ab, da sie die Anreizwirkungen aus sparsamen Ressourceneinsatz im Nachgang außer Kraft setzen und die Spielräume zum Ausgleich von bezirklichen Besonderheiten oder Schwerpunktsetzungen in unzulässiger Weise beschränken.

Es müssen zwischen dem Land Berlin und den Bezirken zur Steuerung der Transferausgaben sowohl bei den Kosten-, als auch der Mengenenwicklung verbindliche Mindest- und Qualitätsstandards für jede Hilfegruppe entwickelt, und Transparenz und Kontrolle bei der Zuweisung an die freien Träger hergestellt werden. Ziel muss eine berlinweit einheitliche Kalkulation für jede Hilfebedarfsgruppe sein.

Eine bedarfsgerechte Ausstattung mit Bibliotheken, Freizeitstätten, außerschulischen Kultur- und Bildungseinrichtungen und sonstigen Elementen der Daseinsvorsorge ist eine Grundforderung sozialdemokratischer Politik. Ein im Vergleich zu anderen Bezirken hoher Ausstattungsgrad von Bezirken mit schlechter Sozialstruktur ist Ausdruck der politischen Schwerpunktsetzung der vergangenen Jahre, aber auch notwendig in Bezirken mit sehr hohem Anteil sozial benachteiligter Bürgerinnen und Bürger, aber insbesondere benachteiligter Kinder und Jugendlicher.

Im Rahmen des Budgetierungsverfahrens existiert für die sog. freiwilligen sozialen Leistungen ein Werteausgleichssystem (Planmengenverfahren), das die Angleichung der Lebensverhältnisse als Verfassungsgebot unterstützen soll. Dieses Ausgleichssystem wird seinen Aufgaben nicht in ausreichendem Maße gerecht. Angesichts der real weiter auseinander driftenden sozialen Schere ist das nicht akzeptabel. Hier läuft das System den eigentlichen Zielen zuwider. Daher hat das Berliner Abgeordnetenhaus zum Jahr 2010 zur Bekräftigung des Verfassungsgebots über diesen Wertausgleich zwischen den Bezirken hinaus einen vertikalen Werteausgleich eingeführt, der mit zusätzlichem Geld an die Bezirke finanziert und z.B. dem Bezirk Mitte zusätzliche 1,1 Mio. € bescherte. Damit konnten die negativen Folgen des horizontalen Wertausgleichs kompensiert werden.



# Landesparteitag der Berliner SPD am 21. November 2011

## Beschlüsse

Um insbesondere Bezirke mit herausfordernder Sozialstruktur in die Lage zu versetzen, ihre sozialen Herausforderungen zu meistern, genügt das nicht.

Das Land Berlin muss entweder

das horizontale Wertausgleichsverfahren so qualifizieren, dass die sozialstrukturellen und finanzpolitischen Ziele mit der Globalsummenermittlung tatsächlich erreicht werden. Der vertikale Wertausgleich muss ausgebaut werden, oder der vertikale Wertausgleich muss erheblich ausgebaut werden.

Für alle sogenannten freiwilligen sozialen Leistungen müssen darüber hinaus zwischen Land und Bezirken – auch soziale – Mindest- und Qualitätsstandards entwickelt, finanziert und umgesetzt werden. Nur so lassen sich sowohl das Verfassungsgebot der einheitlichen Lebensverhältnisse in allen Bezirken und zugleich die besonderen Anstrengungen zur Überwindung der sozialen Schere auch bei den Kommunalen Leistungen verankern.

Darüber hinaus stellen wir folgende Forderungen:

Zur Ermöglichung einer verantwortungsvollen Personalentwicklung muss endlich das Außeneinstellungsverbot zur Besetzung bestehender freier Planstellen aufgehoben werden. Insbesondere in technischen Bereichen ist der Stellenpool schon seit langem leergefegt.

Der seit vielen Jahren unveränderte Kostendeckel der Grünflächenunterhaltung für alle Berliner Bezirke muss angehoben werden. Zum einen konnten berlinweit neue Parks hinzugewonnen, zum anderen viele bestehende Parkanlagen aufgewertet werden. Diese Tatbestände erfordern eine Anpassung der Gesamtzuweisung.

Wir unterstützen den Senat bei der Forderung an den Bund, die Städtebauförderung wieder zu erhöhen.

Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats, des Abgeordnetenhauses und des Bundestages auf, sich für die Umsetzung dieser Forderungen einzusetzen und dem LPT jährlich Bericht zu erstatten.

---

### Antrag Nr. 09/II/11

Jusos Berlin

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Überweisung an  
Landesvorstand**

#### **Berlins Bezirke finanziell auskömmlich ausstatten**

Die Haushaltssituation des Landes Berlin hat sich in den letzten Jahren verschlechtert. Dies wird auch in den Bezirken sichtbar. So haben die Bezirke, oftmals unverschuldet, immer weniger Mittel über die sie frei entscheiden können. Außerdem wurden durch die Lage des Landes Berlins bedingt Regelungen getroffen, die den Bezirken immer weniger freie Mittel zur Verfügung stellen oder die Transparenz durch den Ansporn Luftbuchungen zu tätigen gefährden. Die Bezirke müssen ihre Leistungen auf ein Minimum senken, damit sie nicht in die Zwangsverwaltung des Landes Berlin kommen. Viele Entscheidungen werden den Bezirken außerdem von höherer Ebene aufoktroiert, was den Bezirken in ihren Entscheidungen wenig freien Raum gibt.

#### **„Race to the bottom“ durch Medianisierung stoppen**

Die in den 90er Jahren eingeführte Medianisierung sieht vor, die Kosten der einzelnen Produkte an den jeweiligen fiktiven Medianbezirk anzupassen. Im Ergebnis führt die Medianisierung nicht zu einer positiven Sanktionierung von Einsparbemühungen. Vielmehr ist eine „Race to the Bottom“-Tendenz zu erkennen. Senken die Bezirke ihre Kosten, so sinkt der Median, was sich wiederum auf die Mittelzuweisung auswirkt. Die Aufgaben sind mit weniger Mitteln zu erfüllen. Diese Spiralbewegung nach unten kann nicht endlos fortgesetzt werden.

Weiterhin erschwert die Medianisierung das Setzen politischer Schwerpunkte durch die

# Landesparteitag der Berliner SPD am 21. November 2011

## Beschlüsse

Bezirkspolitik. Es müssen ökonomisch ineffiziente, aber sozialpolitisch wichtige Einrichtungen, wie z.B. Stadtteilbibliotheken, geschlossen werden.

### **Ehrliche und realistische Bezirkshaushaltspläne –**

Grundsätzlich müssen auch in einem Bezirkshaushaltsplan Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein. In der Praxis führt dies zu Luftbuchungen. Da die Bezirke keine Kredite aufnehmen dürfen, werden zu erwartende Deckungslücken durch überhöhte, nicht zu realisierende Einnahmeansätze ausgeglichen.

Neben der Problematik auf der Einnahmeseite werden aber in verschiedenen Bereichen (Straßenunterhaltung, Hochbauunterhaltung) Ausgabevorgaben, die das Setzen eigener politischer Schwerpunkte verhindern. Ein weiteres Problem aus der Ausgabenseite besteht in Bereich von Pflichtleistungen (Hilfe zur Erziehung oder ALG II). Aufgrund von unrealistischen Erwartungen werden hier den Bezirken zu geringe Mittelzuweisungen gemacht, die weitere Löcher in ihre Haushalte reißen. Ferner müssen auch Gesichtspunkte der Konnexität stärker berücksichtigt werden. Die Übertragung von neuen Aufgaben an die Bezirke muss auch eine entsprechende Mittelzuweisung zur Folge haben.

### **Regionale Unterschiede in den Wertausgleich einbeziehen**

Auch in Bezirken mit „guter“ sozialer Struktur gibt es regionale Problemkiese. Gelder, die einem Bezirk über den bezirklichen Wertausgleich zugeteilt werden, müssen zur Hebung der Lebensqualität in regionalen Problemkiezen eingesetzt werden.

### **Sonderprogramme überprüfen**

Land, Bund und EU legen mittlerweile Programme für alles Mögliche auf, aus denen die Bezirke Mittel erhalten können. Die Programme reichen von Geldern für Sportanlagensanierung bis zur Neugestaltung von Plätzen. Während die Bezirke mit unzureichenden Mitteln auskommen müssen, gibt es gerade von Seiten des Senats eine Inflationierung von Sonderprogrammen. Bei den EU-Programmen kommt als Problematik hinzu, dass in diesem Bereich jeder Bezirk selbst mehr oder meistens weniger professionell vor sich wurstelt. Sie müssen überprüft werden, aber als politisches Steuerungsmittel erhalten bleiben.

### **Keine Anrechnung der Immobilienwerte öffentlicher Gebäude auf die Mittelzuweisung**

Die in der letzten Legislaturperiode eingeführte Anrechnung der Immobilienwerte öffentlicher Gebäude auf die Mittelvergabe des Landes an die Bezirke macht eine qualitativ gleiche Bereitstellung von Dienstleistungen in allen Bezirken nicht möglich. Der ange-rechnete fiktive Gebäudewert führt gerade bei Bezirken mit alten Schulgebäuden, die einen hohen Immobilienwert haben, der sich aber reell gar nicht realisiert lässt, zu einer unterdurchschnittlichen Mittelausstattung. Dies führt zu einer unverschuldeten Unterausstattung von Bezirken mit einem alten Gebäudebestand.

### **Unsere Forderungen**

Der Haushalt muss sich mehr an sozialen als an ökonomischen Punkten orientieren. Denn nur eine gute soziale Infrastruktur verhindert Folgekosten, wie z.B. Kosten zur Kriminalitätsbekämpfung. Doch die momentane Systematik, wie die Bezirke ihr Geld bekommen, ist nur auf die oberflächliche Kosteneinsparung ausgelegt. Deswegen gilt es hier anzusetzen:

- Die Medianisierung muss durch ein System ersetzt werden, das auch nicht ökonomische und sozialraumorientierte Schwerpunktsetzungen ermöglicht, und Abwärtsspiralen entgegenwirkt..
- Die Bezirke benötigen eine realistische und auskömmliche Mittelzuweisung, die auf Vorgaben weitestgehend verzichtet und die Grundsätze der Konnexität berücksich-

# Landesparteitag der Berliner SPD am 21. November 2011

## Beschlüsse

tigt.

- Der Wertausgleich zwischen den Bezirken muss gerecht und vorausschauend ausgestaltet werden.
- Die Sonderprogramme des Senats sind kritisch zu überprüfen. Stattdessen sind die Bezirkshaushalte auskömmlich auszustatten, sodass die Bezirke die entsprechenden Aufgaben auch ohne Sonderprogramme erfüllen können. Eine einheitliche und effiziente Koordinierung der EU-Programme für die Bezirke ist erforderlich.

---

**Antrag Nr. 10/II/11**

**Jusos Berlin**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Überweisung an  
Landesvorstand**

### **Jugendfreizeiteinrichtungen erhalten – Zukunft sichern!**

Jugendeinrichtungen – die ersten Opfer der Geldknappheit

Die Kassen der Hauptstadt sind seit Jahren leer. Dies bekommen in besonderer Härte die Bezirke zu spüren, die eigenständig mit den Globalzuweisungen des Landes haushalten müssen. Auf Grund der aktuell finanziell prekären Lage erwogen und erwägen viele Bezirke, Kinder- und Jugendeinrichtungen aus der öffentlichen Trägerschaft zu entlassen und in freie Trägerschaft zu überführen.

### **Öffentliche und private Trägerschaft**

Kürzungen und Einsparungen im sozialen Bereich sind ein beliebtes Mittel zur kurzfristigen Haushaltssanierung, sind aber langfristig immer mit höheren Sozialausgaben verbunden. Gerade bei Kinder- und Jugendeinrichtungen ist eine kleinräumige Politik und konkrete Orientierung an den Bedürfnissen der Kieze erforderlich. Kinder- und Jugendeinrichtungen haben eine fundamentale sozial- und integrationspolitische Bedeutung für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Sie stellen häufig die erste Anlaufstelle für Jugendliche dar. Die SozialarbeiterInnen sind AnsprechpartnerInnen für Eltern und hilfsbedürftige Jugendliche. Sie sind am besten mit den Problemen von Jugendlichen und ihrem Umfeld vertraut und stellen passgerechte Hilfs- und Betreuungsangebote unbürokratisch zur Verfügung. Deshalb hat die Aufrechterhaltung optimal funktionierender Jugendfreizeiteinrichtungen für uns oberste Priorität. Kinder und Jugendliche dürfen nicht Leidtragende der mangelnden bezirklichen Ausfinanzierung durch das Land sein!

Wir Jusos halten deshalb grundsätzlich an der Gleichberechtigung von Einrichtungen in öffentlicher und freier Trägerschaft fest. Freie Träger sind nicht „besser“ oder „schlechter“ als Einrichtungen in öffentlicher Hand. Sie stellen vielfach ein über lange Zeit gewachsenes Angebot zur Verfügung, das angesichts erprobter pädagogischer Konzepte und langjähriger Erfahrung aus den Kiezen nicht wegzudenken ist.

Gleichzeitig sind öffentliche Träger nicht immer besser als freie Träger. Gerade die erwarteten Kosteneinsparungen durch die Übertragung an freie Träger macht unmissverständlich deutlich, dass dadurch Mittel aus der Jugendhilfe umgewidmet oder gekürzt werden sollen. Das ist für uns kein akzeptabler Weg.

Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen arbeiten präventiv, sie ermöglichen Kindern- und Jugendlichen sich selbst zu entfalten und unterstützen sie Defizite auszugleichen. Kinder- und Jugendliche haben in unserer Stadt nicht mehr viele Orte an denen sie willkommen sind. Einsparungen im Jugendbereich wären fatal für die persönliche Entwicklung vieler Kinder und Jugendlicher. Daher fordern wir:

### **Öffentliche Aufgaben wahrnehmen**

Die Übertragung von vormals vom Bezirk unterhaltenen Einrichtungen an freie Träger kann keine zufriedenstellende Antwort oder gar Lösung der finanziellen Situation der Bezirke sein. Den Bezirken müssen ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden um auch in Zukunft eigene Einrichtungen in der Kinder- und Jugendarbeit betrei-

# Landesparteitag der Berliner SPD am 21. November 2011

## Beschlüsse

ben zu können. Der Behalt von Einrichtungen in öffentlicher Hand muss Priorität vor der Übergabe an freie Träger haben. Bei Übertragungen an freie Träger ist darüber hinaus darauf zu achten, dass die Immobilien in öffentlicher Hand behalten werden und adäquat baulich unterhalten und gepflegt werden. Eine Ausfinanzierung aus den Zuwendungen ist freien Trägern in der Regel nicht möglich.

Die Bezirke müssen so ausgestattet werden, dass sie neben den Pflichtaufgaben auch weiterhin Ressourcen zur Erfüllung sogenannter freiwilliger Aufgaben zur Verfügung haben. Die Bezirke müssen darüber hinaus genügend finanziellen Spielraum haben, um präventive Angebote zur Verhinderung von Hilfen zur Erziehung zur Verfügung haben.

### Freie Trägerschaft klar regeln

Freien Trägern, die Jugendeinrichtungen betreiben oder übernehmen, muss die Arbeit erleichtert werden. Dabei ist jedoch auf die Einhaltung von zu definierenden Qualitätsstandards zu achten. Die politische Steuerung der Vergabe und Qualitätsstandards ist hierzu notwendig. Die Bezirke werden aufgefordert, hierzu Konzepte zu erarbeiten, um in allen Kinder- und Jugendeinrichtungen Qualitätsstandards zu sichern. Bei der Vergabe müssen individuelle und kleinteilige Angebote Priorität haben. Es muss entsprechend der Bedingungen vor Ort ein regionales Verteilmodell der Mittel geben, dass die Sozialräume berücksichtigt. Indikatoren könnten hier zum Beispiel die Anzahl der Kinder und Jugendlichen der Zielgruppe, Anteil Kinder und Jugendliche nichtdeutscher Herkunft, Anteil der TransferleistungsempfängerInnen, Arbeitslosenquote, oder ähnliches. Bei der Vergabe muss gewährleistet sein, dass die Träger in ihrer Arbeit Gender Mainstreaming und interkulturelle Aspekte berücksichtigen sowie Gender Budgeting anwenden. Es dürfen nur gemeinnützige Träger mit dem Betrieb von Kinder- und Jugendeinrichtungen beauftragt werden. Gewinnorientierte und gewerbliche Träger sind mit unseren Vorstellungen von guter Kinder- und Jugendarbeit nicht vereinbar.

Wenn Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen im Zuge der Schwerpunktsetzung der Bezirke an freie Träger der Jugendhilfe übertragen werden, muss der Erhalt der Angebote und der Qualität und nicht das Einsparergebnis im Fokus des politischen Handelns stehen. Einrichtungen, die in freie Trägerschaft überführt werden, müssen nach Mindestausstattungsstandard gewahrt werden.

Die Bewilligungszeiträume müssen verpflichtend auf drei Jahre ausgeweitet werden um die Planungssicherheit der freien Träger und die in dieser Arbeit so wichtige Kontinuität zu sichern. Um bürokratischen Zusatzaufwand zu vermeiden, muss die Qualitätssicherung dabei im Rahmen der bestehenden Qualitätsdialoge des Berliner Rahmenvertrag für Hilfen in Einrichtungen und durch Dienste der Kinder- und Jugendhilfe (BRVJug) erfolgen. Es muss ein Schutzschirm entwickelt werden, mit dem Einrichtungen abgesichert werden, die derzeit über Leistungen aus den „Hilfen zur Erziehung (HzE)“ (mit)-finanziert werden, zum Beispiel im Rahmen von sozialer Gruppenarbeit. Das Dilemma dieser Einrichtungen, dass qualitativ hochwertige Arbeit ihre eigene Existenzgrundlage zerstört, da ein sinkender Bedarf an HzE-Leistungen im entsprechenden Sozialraum dazu führt, dass Zuwendungen für die Einrichtung gekürzt werden, muss dadurch wirksam aufgelöst werden. Es muss definierte Ausstattungsstandards geben um Einrichtungen unterschiedlicher Größe gerecht zu werden. Eine Unterteilung nach kleinen, mittleren und großen Einrichtungen kann dabei sinnvoll sein. Jeder der Kategorien müssen entsprechende Standards zugeordnet werden (z.B. Anzahl der regulär Beschäftigten, Sachmittelausstattung, Honorarmittel). Eine Vergabe von Einrichtungen ohne Personal an Träger wäre lediglich eine verschleierte Mittelkürzung.

### Jugendförderung braucht Beschäftigung

Die Neueinstellungsbeschränkungen für Bezirke müssen für den Bereich der Beratungs- und Unterstützungsangebote sowie des Regionalen Sozialpädagogischen Dienstes und

# Landesparteitag der Berliner SPD am 21. November 2011

## Beschlüsse

Bereich des Kinderschutzes aufgehoben werden. Auch bezirkliche Einrichtungen müssen neues Fachpersonal einstellen dürfen und nicht rein auf den hauptsächlich mit Verwaltungspersonal angefüllten Stellenpool angewiesen sein.

Wir wollen gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Deshalb müssen freie Träger vom Senat dazu verpflichtet werden, ihren MitarbeiterInnen das gleiche Gehalt wie den KollegInnen in öffentlich getragenen Einrichtungen zu zahlen. MitarbeiterInnen von Einrichtungen aus vormals öffentlicher in nun freier Trägerschaft muss eine Rückkehrmöglichkeit ohne Nachteile in den öffentlichen Dienst gewährt werden. Eine Minimierung des Personalaustauschs bei Übertragungen sichert langfristig die Qualität der Arbeit. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit bedeutet aber auch, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für gleiche Tätigkeiten gleich bezahlt werden müssen.

### **Evaluation und demokratische Partizipation**

Die Angebote im Kinder- und Jugendbereich müssen regelmäßigen Evaluationen unterzogen werden. Dabei dürfen auch künftig keine zu hohen Hürden aufgebaut werden, um keine Ressourcen in der Arbeit mit und für Kinder und Jugendliche zu vergeuden. Jugendpolitik kann nur erfolgreich sein, wenn auch die demokratische und eigenverantwortliche Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sichergestellt wird. Deshalb muss die Finanzierung der im Landesjugendring zusammengeschlossenen Jugendorganisationen langfristig sichergestellt werden.

---

**Antrag Nr. 12/II/11**

**Annahme**

**Jusos Berlin**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

### **Bessere Betreuung für Lehramtsreferendar/innen!**

#### **Forderung:**

Lehramtsreferendar/innen müssen besser betreut werden. Aus diesem Grund ist folgendes für uns unerlässlich:

Es muss auf jeden Fall sichergestellt werden, dass die Ausbilder/innen der Referendariatsseminare und Lehrer/innen an den Schulen genügend Zeit haben, um Lehramtsreferendar/innen im Unterricht zu betreuen. Dies ist gegenwärtig nicht immer der Fall. Deshalb müssen für Ausbilder/innen mehr Entlastungsstunden zur Verfügung gestellt werden.

#### **Hintergrund:**

In Berlin ist die Lage der Lehramtsreferendar/innen so, dass sie nach Beendigung ihres Studiums in den Vorbereitungsdienst kommen, in denen sie theoretische Seminare durchlaufen. Gleichzeitig übernehmen sie auch zeitnah Unterrichtsstunden. Meistens haben sie eine/n Betreuer/in an ihrer Seite, in vielen Fällen aber auch nicht. Betreut werden sie idealerweise von der/m Ausbilder/in, die/der das Seminar leitet oder Lehrer/innen der Schulen. Dies dient dazu, ein sofortiges Feedback zu geben.

Gehen Lehramtsreferendar/innen unbetreut in Schulklassen, ist es ihnen kaum möglich ein wirklich nüchternen Blick auf das eigene pädagogische Verhalten zu bekommen. Treten Ausnahmesituationen ein, werden immer Rückschlüsse auf das eigene Verhalten gezogen. Durch diese Rückschlüsse formt sich zukünftiges pädagogisches Verhalten der Lehrer/innen. Will ein/e Lehrer/in z. B. ihre/seine neue Unterrichtsmethode ausprobieren und die Klasse ist während der Stunde nicht ruhig zu stellen, mag sie/er daraus den Rückschluss ziehen, dass ihre/seine neue Methode diese Unruhe verursacht hat. Dies kann stimmen, gleichzeitig kann es aber auch eine verkürzte Analyse sein. Möglicherweise besteht gerade ein sozialer Konflikt innerhalb der Gruppe, der der/m Lehrer/in durch den Stress aber nicht bewusst wird. Eine zweite Person, die Feedback geben kann, verhindert wirksam, dass solche Verkürzungen stattfinden.

# Landesparteitag der Berliner SPD am 21. November 2011

## Beschlüsse

Viele der jungen Lehrer/innen kommen engagiert in die Schulen mit neuen Konzepten und sind gewillt, die alten Verkrustungen zu lösen, denen sie selbst in ihrer Schulzeit begegnet sind. Werden sie allerdings völlig ohne Unterstützung in den Unterricht „geworfen“, sind sie häufig von den Anforderungen überfordert. Sie frustrieren, werfen alle Konzepte und guten Ideale über Bord und bedienen sich der konservativsten Lehrmethoden, weil alle anderen ihnen mit der Realität nicht vereinbar scheinen. Das Feedback der zweiten Person im Unterricht hilft ihnen, sich langsam an die Anforderungen zu gewöhnen und für sich zu erkennen, dass, auch wenn Dinge nicht so gelaufen sind, wie sie geplant waren, es nicht am eigenen Versagen liegen muss. Sie müssen noch in den Beruf „hereinwachsen“. Sie brauchen Betreuung und, wie es auch in jedem Lehrbetrieb wäre, eine Person, die sie mit den „Werkzeugen“ des pädagogischen Handelns vertraut macht. Mit Bildung spielt man nicht. Sie ist unsere einzige Ressource, die wir in Zukunft haben werden und die einzige Möglichkeit unseren Wohlstand zu bewahren, ganz abgesehen von den Auswirkungen, die ein/e frustrierte/r, desillusionierte/r, überforderte/r Lehr- amtsreferendar/in, die/der irgendwann zur/m frustrierten, desillusionierten, überforderten Lehrer/in wird, auf die Köpfe der Kinder und Jugendlichen dieser Gesellschaft hat. Bessere Betreuung jetzt!

---

**Antrag Nr. 13/II/11**

**Annahme**

**Jusos Berlin**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

### **Erlernen des kritischen Umgangs mit Internetseiten, als einen inhaltlichen Schwerpunkt des Unterrichts**

Wir fordern die Mitglieder der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus auf, sich bei der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung dahingehend einzusetzen, dass der kritische Umgang mit Internetseiten und dessen Inhalten im Unterricht geschult und thematisiert wird. Ebenso fordern wir eine dahingehende Änderung der Rahmenlehrpläne. Außerdem sollen SchülerInnen sensibilisiert werden, Informationen im Internet zu hinterfragen, da unterschiedliche Organisationen, Vereine und auch einzelne Personen das Medium Internet immer stärker für ihre Propaganda und rechtspopulistischen, demokratiefernen und radikalen Meinungen nutzen.

Darüber hinaus sollen die SchülerInnen über die Gefahren und Risiken informiert werden, welche bei der Veröffentlichung von persönlichen Daten im Internet entstehen können.

---

**Antrag Nr. 14/II/11**

**Annahme**

**KDV Reinickendorf**

**i. d. F. d. AK**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

### **Klare und einheitliche Regelungen zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse**

Das Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz der Bundesregierung ist nicht weitreichend genug. In der vorliegenden Form werden keine neue Kultur der Anerkennung und kein Anspruch auf Beratung geschaffen und es werden keine ausreichenden Brücken ins Berufsleben für MigrantInnen gebaut. Eine wirkliche Anerkennung der Berufsabschlüsse von Menschen mit anderer Staatsangehörigkeit ist ein wichtiger Schritt für eine funktionierende und erfolgreiche Integration und bekämpft den (künftigen) Fachkräftemangel. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senates und des Deutschen Bundestages werden dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass

- es künftig in Deutschland eine kompetente zentrale Anlaufstelle für alle Fragen zu ausländischen Berufsabschlüssen gibt.

# Landesparteitag der Berliner SPD am 21. November 2011

## Beschlüsse

- es künftig pro Bundesland mehrere Beratungsbüros gibt, die Migranten und Migrantinnen zeitnah und unbürokratisch über die Möglichkeiten der Anerkennung ihrer Berufsabschlüsse informieren.
- es künftig einen gesetzlich verankerten Beratungsanspruch für die Betroffenen gibt.
- die Betroffenen aller Berufe (nicht nur der reglementierten) einen Anspruch auf sogenannte Anpassungsmaßnahmen haben, die zu einer Anerkennung ihres Berufsabschlusses bzw. einer Gleichwertigkeitsbescheinigung führen. Diese Anpassungsmaßnahmen müssen finanziell gefördert werden.
- zur Anerkennung eines Abschlusses künftig nicht mehr das Land, *wo die Qualifikation erworben wurde*, sondern lediglich die Qualifikation ausschlaggebend ist und es daher keine pauschale Unterteilung in EU-Mitgliedsstaat/Nicht-EU-Mitgliedsstaat mehr gibt, die über die Anerkennung entscheidet.
- die Gebühren des Anerkennungsverfahrens, die der/die Antragsteller/in tragen muss, so gering wie möglich gehalten werden und bundesweit einheitlich sind, damit diese nicht zu sozialen Hürden werden.
- es für die Berufe in Landeshoheit (wie z.B. Lehrer/in) bundesweit künftig einheitliche Verfahren und Standards zur Anerkennung gibt.
- es eine zentrale Stelle gibt, die die Qualität, Einheitlichkeit und Gerechtigkeit der Berufsanerkenntungsverfahren überprüft und für Beschwerden und Widersprüche zuständig ist.

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senates werden zusätzlich dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass das Land Berlin zeitnah entsprechende Regelungen zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse für die Berufe in Landeshoheit wie z.B. Lehrer/in oder Ingenieur/in unbürokratisch und bürgerfreundlich umsetzt.

---

### Antrag Nr. 15/II/11

#### Jusos Berlin

#### Der Landesparteitag möge beschließen:

Überweisung an  
AH-Fraktion

#### Finanzielle Untersetzung der Inklusion

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Senats werden aufgefordert, die haushaltsmäßigen Voraussetzungen für die Inklusion von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Regelklassen der Grundschulen und weiterführenden Schulen zu schaffen.

Eine der absehbar zentralen Aufgaben der kommenden Wahlperiode wird im Bildungsbereich die Umsetzung der Inklusion sein. Hierfür liegt seit Anfang Februar 2011 ein Konzept zur Umsetzung vor. Dieses geht davon aus, dass eine Umsetzung kostenneutral zu schaffen ist. Im Wesentlichen soll dies lediglich durch einen veränderten Einsatz der vorhandenen sonderpädagogischen Fachkräfte dann im Rahmen der „Regelschule“ sowie eine Absenkung der Quote festgestellten Förderbedarfs geschehen. Eine solche kostenneutrale Umsetzung bei gleichbleibenden Klassenfrequenzen ist nach überwiegender Meinung der Fachkräfte aus der Praxis unrealistisch.

Die Integration von Schüler/innen mit festgestelltem Förderbedarf in die Regelschule bedarf neben einer zielsicheren inhaltlichen Ausgestaltung einer auskömmlichen finanziellen, räumlichen und personellen Ausstattung der aufnehmenden Schulen. Es müssen flankierende Maßnahmen für inklusive Settings getroffen werden, die eine Beschulung z.B. auch von Schülern/innen mit erheblichem Förderbedarf im Bereich „Emotional-soziale Entwicklung“ (früher: „verhaltensauffällige“ Schüler/innen) tatsächlich ermöglichen.

# Landesparteitag der Berliner SPD am 21. November 2011

## Beschlüsse

Ggf. durch Inklusion erforderliche bauliche Maßnahmen an den aufnehmenden Schulen müssen gegenüber den Bezirken im Wege einer entsprechenden Sonderzuweisung bzw. einer angemessenen Aufstockung der bestehenden Finanzierungsinstrumente abgefangen werden. Keinesfalls können diese Maßnahmen zu Lasten der zahlreichen dringenden sonstigen baulichen Erfordernisse im Bestand der Schulgebäude erfolgen.

---

**Wiedervorlage | Antrag Nr. 18/I/11**  
**(vertagt vom LPT am 13.05.11)**

**Annahme**

**KDV Pankow**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

### **Europäische Volksinitiative zum vollständigen Ausstieg aus der Atomenergie**

Die Berliner SPD wird sich aktiv an der europäischen Volksinitiative zum vollständigen Ausstieg aus der Atomenergie und zum Ausbau der erneuerbaren Energien“ beteiligen.

---

**Antrag Nr. 19/II/11**

**Annahme**

**FA II - EU-Angelegenheiten**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

### **Euratom-Vertrag überarbeiten – europaweiten Atomausstieg voranbringen!**

Die SPD fordert eine grundlegende Überarbeitung des Euratom-Vertrages. Mittelfristig müssen die operativen Bestimmungen des Euratom-Vertrags und der Vertrag selbst auslaufen.

Dabei sind insbesondere folgende Forderungen von Bedeutung:

- Die durch den Euratom-Vertrag festgeschriebene Sonderstellung der Kernenergie soll abgeschafft werden, insbesondere sollen alle Passagen des Euratom-Vertrages gestrichen werden, die Investitionen in die Atomkraft begünstigen. Die frei werdenden Mittel sollen stattdessen außerhalb von Euratom für die Forschung und Entwicklung von erneuerbaren Energien eingesetzt werden. Die Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Kernspaltung soll sich auf Grundlagenforschung, Sicherheits- und Gesundheitsfragen beschränken.
- Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Atomenergie noch einige Zeit Teil des Energiemixes vieler Mitgliedstaaten bleiben wird, müssen höchstmögliche, verbindliche Sicherheitsstandards für Kernkraftwerke gelten. Die Kontrolle der Sicherheitsstandards soll verschärft werden. Zudem soll die Europäische Atomenergiebehörde den Austausch mit den Nachbarländern der
- EU ausbauen, um diese über Fortschritte bei Sicherheits- und Gesundheitsfragen zu informieren und ihnen bei der Umsetzung höchstmöglicher Sicherheitsstandards behilflich sein.
- Die Sicherheitsstandards für Zwischen- und Endlager müssen europaweit einheitlich hoch sein.
- Der europaweite Ausstieg aus der Atomkraft soll vorbereitet werden. Dazu muss der Euratom-Vertrag mittelfristig auslaufen.

Die SPD wird für diese Ziele im Rahmen der SPE werben und sich dafür einsetzen, dass schnellstmöglich ein Konvent nach dem Vorbild des Verfassungskonvents einberufen wird, die den Vertrag zur Gründung einer Europäischen Atomgemeinschaft mit dieser Zielrichtung überarbeitet. Ein Konvent ist ein geeignetes Mittel, europaweit Aufmerksamkeit für dieses wichtige Thema zu generieren – es darf nicht hinter verschlossenen Türen scheitern!



# Landesparteitag der Berliner SPD am 21. November 2011

## Beschlüsse

Antrag Nr. 20/II/11

Annahme

FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

### Schädliche Finanzmarktspekulationen mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen unterbinden

Die Bundestagsfraktion der SPD wird aufgefordert, bei der Bundesregierung zielgerichtete Initiativen auf europäischer und internationaler Ebene zur Unterbindung reiner Finanzspekulationen bei Warentermingeschäften mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln insbesondere auf der Ebene des Europäischen Ministerrats und der betreffenden Verhandlungen der G 20-Staaten einzufordern.

Die sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament wird aufgefordert, den Beschlüssen des Europäischen Parlaments zur Regulierung von Finanzmarkttransaktionen mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen durch Einforderung einer präzisen und mit wirksamen Kontrollmöglichkeiten ausgestatteten Fassung der Richtlinie zu Finanzmarktinstrumenten der EU-Kommission MiFID Geltung zu verschaffen. Dazu gehören die Festlegung von Positionslimits (Begrenzung von Zahl der abzuschließenden Standardverträge für Warentermingeschäfte) und der Ausschluss von Finanzinstituten von den Rohstoffbörsen. Weiterhin sollten Finanzprodukte, die der Spekulation mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen ohne Bezug zur Absicherung von Realgeschäften dienen, verboten werden.

Der SPD-Parteivorstand wird aufgefordert, alle Einflussmöglichkeiten, z.B. auch die Sozialistische Internationale und die internationale Gewerkschaftsbewegung zu nutzen, um eine weltweite Initiative zur Bekämpfung der weltweiten Spekulation mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen in Gang zu bringen.

---

Wiedervorlage | Antrag Nr. 21/I/11

Annahme

(vertagt vom LPT am 13.05.11)

KDV Marzahn-Hellersdorf

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen :

### § 266 c Missbrauch des Lastschriftverfahrens

Die SPD-Bundestagsabgeordneten werden aufgefordert sich für die Einfügung eines § 266c StGB Missbrauch des Lastschriftverfahrens einzusetzen. „Wer gegenüber einem Kreditinstitut wahrheitswidrig vorgibt, ihm sei eine Einzugsermächtigung mit der Befugnis zur Belastung eines fremden Girokontos im Lastschriftverfahren erteilt worden, wird mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren oder Geldstrafe bestraft. Nach S.1 wird auch die im Ausland begangene Tat bestraft, wenn sie gegenüber einem Kreditinstitut mit Sitz im Inland oder gegenüber der im Inland gelegenen Niederlassung eines Kreditinstituts mit Sitz im Ausland begangen wird. Die angemäÙte Einzugsermächtigung stellt heute ein strafloses Geschäftsmodell vor, welches nicht von § 263 StGB Betrug erfasst wird, da keine Täuschung eines Menschen vorliegt. Nach Bankenvorschriften erfolgt keine Überprüfung der Berechtigung und damit kann keine Täuschung im Sinne des § 263 StGB existieren. Die Bürger sind heute zum einen nicht ausreichend über die 6-wöchige Widerrufsfrist informiert, zum anderen kann gegenüber rechtswidrigen Handeln nicht allein der unschuldige Kontoinhaber bestraft werden.

Durch die Strafandrohung wäre dem Geschäftsmodell die Grundlage entzogen.

# Landesparteitag der Berliner SPD am 21. November 2011

## Beschlüsse

Antrag Nr. 22/II/11

Annahme

Jusos Berlin

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

### **Steuerliche Gleichbehandlung von Luft-, Schiffs- und Schienenverkehr ermöglichen**

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats und die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag werden aufgefordert, sich für die Abschaffung des Ausnahmetatbestands der steuerfreien Verwendung von Energieerzeugnissen in der Binnenschifffahrt sowie von Flugbenzin gemäß § 27 des Energiesteuergesetzes einzusetzen.

---

Wiedervorlage | Antrag Nr. 27/I/11

Annahme

(vertagt vom LPT am 13.05.11)

KDV Tempelhof-Schöneberg

ASF LFK

Der Landesparteitag möge beschließen:

### **Beteiligung am Gender-Index für Berlin nachhaltig ermöglichen!**

Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und des Abgeordnetenhauses auf sich dafür einzusetzen, dass der Gender-Index Berlinweit und regional für die Bezirke nachvollziehbar gemacht werden kann. Die Indikatoren zur Messung der Geschlechterdifferenz benötigen eine kommunal differenzierte Datengrundlage, um politisches Handeln gezielt daran ausrichten zu können.

---

Wiedervorlage | Antrag Nr. 29/I/11

Annahme

(vertagt vom LPT am 13.05.11)

ASF LFK

Der Landesparteitag möge beschließen:

### **SPD-Kreise in den Gleichstellungsbericht einbeziehen**

Mit dem Ziel, auf allen Ebenen der SPD Berlin eine geschlechtergerechte Teilhabe an den Entscheidungen der Partei sowie eine paritätische Besetzung bei der Vergabe von Mandaten und Funktionen zu erreichen, soll eine Debatte über den 2010 erstmals von der SPD Berlin erstellten Gleichstellungsbericht in den SPD-Kreisen geführt werden. Dazu empfiehlt der LPT den Kreisen, jeweils eine Arbeitsgruppe zur Erstellung eigener Gleichstellungsberichte einzusetzen. Die Gleichstellungsberichte der Kreise sollen dann in die Fortschreibung des Gleichstellungsberichtes der SPD Berlin einfließen. Deshalb sollen möglichst einheitliche Kriterien zu Grunde gelegt werden.

Solche Kriterien sind:

1. Die Arbeitsgruppe setzt sich unter Leitung eines GKV-Mitglieds aus Vertreter/innen des Kreisvorstandes, Vertreterinnen der ASF sowie Vertreter/innen der Mandatsträgerinnen und Mandatsträger des AGH und der BVV zusammen. Sie soll geschlechtsparitätisch zusammengesetzt sein.
2. Der Gleichstellungsbericht soll Auskunft geben über die Verteilung von Frauen und Männern nach Altersgruppen bei den Mandaten sowie in den Gremien und Gliederungen des jeweiligen SPD Kreises. Er soll auch darstellen, welche Positionen die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger bekleiden (Bezirksamtsmitglieder, BVV-Vorstand, Fraktionsvorsitz, Ausschussvorsitzende usw.). Basis dafür soll jeweils eine Auswertung des Gleichstellungsberichts der Landes-SPD, der SPD-Datenbank sowie eine Befragung der Parteigliederungen sein, die die Arbeitsgruppe vorbereitet und durchführt.
3. Bei der Befragung der Parteigliederungen sollen unter anderem mindestens jeweils der Aktivierungsgrad von Frauen und Männern sowie mögliche Maßnahmen zur Ver-

# Landesparteitag der Berliner SPD am 21. November 2011

## Beschlüsse

einbarkeit von Beruf, Familie und Ehrenamt ermittelt werden. Soweit möglich sollen Überlegungen von Vorfeldorganisationen bei der Auswertung berücksichtigt werden.

4. Auf der Basis des Gleichstellungsberichts wird der Kreisvorstand Handlungsempfehlungen für eine mögliche Änderung von Strukturen und Arbeitsweise des jeweiligen SPD Kreises geben, die für das Erreichen des Ziels sinnvoll sind.

Die eingerichteten Arbeitsgruppen nehmen ihre Arbeit im Januar 2012 auf. Das Ergebnis soll im Vorfeld der Parteiwahlen 2012 in den Gliederungen diskutiert und dann in den Gleichstellungsbericht der SPD Berlin eingearbeitet werden.

---

**Antrag Nr. 23/II/11**

**Annahme**

**ASG Berlin**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

### **Verbesserung des SPD-Konzeptes zur Einführung einer Bürgerversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung**

Die SPD hat als einzige Partei ein gangbares Konzept zur Einführung einer Bürgerversicherung in der Krankenversicherung entwickelt. Das Konzept kann durch wenige Änderungen hinsichtlich Klarheit, Akzeptanz und Gerechtigkeit ganz erheblich verbessert werden.

Das Bürgerversicherungskonzept ist daher wie folgt zu modifizieren:

1. (durchschnittlicher) Bürgerbeitrag und Arbeitgeberbeitrag sollen die selbe prozentuale Höhe haben,
2. die bestehende unbürokratische Praxis der Verbeitragung aller Einkommen bei freiwillig Versicherten ist beizubehalten und auf alle Mitglieder der Bürgerversicherung zu erweitern,
3. der Arbeitgeberbeitrag ist für alle Arbeitnehmer (einschließlich privat Versicherte) zu bezahlen. Die PKV erhält für ihre Versicherten (mit sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung) den Arbeitgeberanteil aus dem Gesundheitsfonds.

Die Übertragung der individuellen Altersrückstellungen eines PKV-GKV-Wechslers an den Gesundheitsfonds ist sicherzustellen.

Darüber hinaus ist in der Umsetzung des Bürgerversicherungskonzeptes zu prüfen,

- wie möglichst schnell die gesamte Wohnbevölkerung in die Bürgerversicherung aufgenommen werden kann (auch Beamte, Abgeordnete und weitere Gruppen mit Sonderstatus),
- wie eine individuelle Überforderung von Unternehmen und Selbstständigen in der Umstellungsphase auf den Lohnsummenbeitrag vermieden werden kann.
- wie eine dauerhafte Finanzierung des dynamisierten Steuerzuschusses sichergestellt werden kann.

# Landesparteitag der Berliner SPD am 21. November 2011

## Beschlüsse

Antrag Nr. 24/II/11

AG 60plus LDK

Der Landesparteitag möge beschließen:

Annahme

### Rauchmelder in Wohnhäusern

Die SPD - Fraktion im Abgeordnetenhaus wird aufgefordert, eine Gesetzesinitiative zu ergreifen, damit so bald wie möglich in Treppenhäusern von Wohnhäusern Rauchmelder installiert werden.

---

Antrag Nr. 25/II/11

AG 60plus LDK

Der Landesparteitag möge beschließen:

Annahme

### 36 Pflegestützpunkte einrichten

Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus wird aufgefordert, beim Senat sofort darauf hinzuwirken, dass die bereits vorgesehene Einrichtung von 36 Pflegestützpunkten umgesetzt wird.

Die Pflegestützpunkte sollen gleichmäßig auf die Bezirke und auch innerhalb der Bezirke verteilt sein.

Das Personal der Pflegestützpunkte muss so ausgebildet werden, dass eine Trennung der Aufgaben nicht mehr erfolgen kann.

---

Antrag Nr. 27/II/11

KDV Reinickendorf

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Überweisung an

BT-Fraktion

Annahme

### Angemessene Vergütung von Psychologischen Psychotherapeuten/-tinnen in Ausbildung (PiAs) im Psychotherapeutengesetz festschreiben

Das Psychotherapeutengesetz zur Psychotherapeutenausbildung muss reformiert werden. Im Psychotherapeutengesetz muss eine angemessene einheitliche Vergütung des Praktischen Teils der dreijährigen Ausbildung einheitlich festgeschrieben werden. Denkbar wäre dabei zum Beispiel eine Orientierung an der „Tarifvertraglichen vereinbarten Vergütung über das Redaktionsvolontariat“. Zudem muss sichergestellt sein, dass der Ausbildungscharakter gewahrt bleibt und keine normalen Planstellen mit Psychotherapeuten in Ausbildung (PiAs) besetzt werden.

---

Antrag Nr. 28/II/11

KDV Mitte

Der Landesparteitag möge beschließen:

Überweisung an

AG Migration

### Asyl als Chance für gesellschaftliche Teilhabe

- 1) SPD-Landesvorstand und SPD-Abgeordnetenhaus-Fraktion werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass für Menschen, die sich in Berlin im Asylverfahren befinden, ein „Programm für schulischen und landeskulturellen Unterricht, psychologische und medizinische Betreuung“ angeboten wird.
- 2) Desweiteren werden SPD-Landesvorstand und SPD-Abgeordnetenhaus-Fraktion aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass auf Landesebene die Position einer/eines Asylbeauftragte/n eingerichtet wird (analog der Position des Wehrbeauftragten auf Bundesebene). Der/die Asylbeauftragte ist verantwortlich für die Initiierung des „Programms für Bildung und landeskulturelle Aufklärung, psychologische und präventiv-gesundheitliche Betreuung“ und berichtet Senat und Abgeordnetenhaus regelmäßig

# Landesparteitag der Berliner SPD am 21. November 2011

## Beschlüsse

über die Umsetzung des Programms sowie über die aktuelle Lebenssituation der Bewohner/innen von AsylbewerberInnenwohnheimen.

Wesentliche Ziele des Programms für Menschen in Asylverfahren sollen u. a. sein:

- a. Vernetzung zwischen Schule und Wohnheim, um die Erziehungsberechtigten zu entlasten.
- b. Auf Unklarheiten und Probleme aus dem Schulalltag eingehen und auch in diesem Bereich unterstützend wirken, z.B. in Form von Hausaufgabenbetreuung und Prüfungsvorbereitungen.
- c. Erstellung eines individuellen Lernkonzeptes, das u.a. mehrsprachiges Lernmaterial beinhaltet, um eine gezielte Förderung ergänzend zum schulischen Bildungsangebot zu gewährleisten.
- d. Regelmäßiges Sprachtraining mit MuttersprachlerInnen (z.B. gemeinsames Lesen und Üben anwendungsorientierter Dialoge).
- e. Regelmäßige Lern-Ergebnis-Feststellung ohne negative Folgen für die Betroffenen.
- f. Aufklärung über das deutsche Schulsystem. Aufzeigen, welche Möglichkeiten, Alternativen und Wege Betroffenen offen stehen.
- g. Kulturelle Teilhabe ermöglichen: Regelmäßige Angebote von Ausflügen sollen aus immer gleicher Alltags- und Bezugssituation befreien. Integration kann nur praktisch, nicht formell, im Alltag und mitten in der Gesellschaft stattfinden.
- h. Die Aushändigung von Zertifikaten für die erfolgreiche Teilhabe an dem Bildungs- bzw. landeskulturellen Gemeinschaftsprogramm. Die Zertifikate unterstützen die Migranten darin, ihren Willen und die Motivation, sich in der Gesellschaft zu integrieren, zu dokumentieren.
- i. Angebot einer professionellen psychologisch-therapeutischen Betreuung mit mehrsprachlicher und interkultureller Kompetenz in allen Wohnheimen.
- j. Sicherstellung des Anspruchs auf Hygiene und ärztliche Versorgung, nicht nur bei Notfällen, sondern auch präventiv aufgrund des persönlichen Bedarfsempfindens.

---

**Wiedervorlage | Antrag Nr. 20/I/11**

**(vertagt vom LPT am 13.05.11)**

**KDV Mitte**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Annahme**

### **Unterhaltsvorschussgesetz**

Das Gesetz zur Sicherung des Unterhalts von Kindern alleinstehender Mütter und Väter durch Unterhaltsvorschüsse oder -ausfallleistungen (Unterhaltsvorschussgesetz) wird dahingehend geändert, dass die maximale Bezugsdauer von heute 72 Monaten bis zum 12. Lebensjahr auf zunächst 96 Monate bis zum 18. Lebensjahr ausgedehnt wird. Die weitere Ausdehnung bis zum Ende der Ausbildung der Kinder wird angestrebt.

---

**Antrag Nr. 30/II/11**

**AGS Berlin**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Überweisung an  
Statutenkommission**

### **Die Wahlordnung wird durch einen § 1 \* ergänzt, der wie folgt lautet:**

„Die Wahlordnung findet auch auf Nominierungen Anwendung, durch die Personalvorschläge zur Besetzung von Parteiämtern und zur Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten für öffentliche Ämter und Mandate gemacht werden“

# Landesparteitag der Berliner SPD am 21. November 2011

## Beschlüsse

Antrag Nr. 34/II/11

Jusos Berlin

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Überweisung an  
FA I - Internationale  
Politik, Frieden und  
Entwicklung  
mit Berichtspflicht

**Die Sozialistische Internationale zur globalen Vorkämpferin machen!**

### ***Die Sozialistische Internationale aus dem Tiefschlaf aufwecken***

Ein vergleichbares so weitgespanntes nichtstaatliches Bündnis wie die Sozialistische Internationale (SI) lässt sich auf der Welt nicht finden. Doch wie trat sie dem neoliberalen Trend der letzten Jahrzehnte entgegen? Wo trat sie als eine Stimme in den Finanz- und Wirtschaftskrisen auf – zum Beispiel für eine Finanztransaktionssteuer? Welche Rolle spielt sie im Einsatz für den Frieden und den Kampf für Demokratie? Eine sozialistische Stimme wird weltweit gebraucht – sie ist aber schon seit einiger Zeit verstummt. Sie muss dringend erweckt werden, aber dazu sind einige Veränderungen nötig: Zum Beispiel lief die Demokratiebewegung schon längst, als die Nationaldemokratische Partei Ägyptens (NDP), die Hosni Mubarak stützte, oder die tunesische Rassemblement constitutionnel démocratique (RCD) mit Zine el-Abidine Ben Ali ausgeschlossen wurde. Die Front Populaire Ivoirien (FPI) ist bisher erst suspendiert.

### ***Die Debatten und den Aufbau eines Jahrhunderts nutzen***

Die Wurzeln der Sozialistischen Internationale gehen bis weit in das 19. Jahrhundert zurück, als ArbeiterInnenorganisationen begannen, auf internationaler Ebene zusammen zu arbeiten, um Ungerechtigkeiten im sich ausbreitenden Kapitalismus zu bekämpfen. Die Erste Internationale, welche 1864 gegründet und maßgeblich von Karl Marx geprägt wurde, zerbrach schon 1872, im Streit über die zukünftige Ausrichtung. Sollten ArbeiterInnen auch in Parlamenten für ihre Rechte eintreten und sich somit quasi dem System anpassen, oder sollte die ArbeiterInnenbewegung sich dem System quasi verweigern und autonom bleiben.

1889 dann wurde die Zweite Internationale gegründet, welche als Vorläufer der Sozialistischen Internationale gilt. VertreterInnen aus Parteien und Gewerkschaften setzten sich gegen Imperialismus, den immer stärker werden Nationalismus und die zunehmende Aufrüstung in Europa ein. Die SAP, Vorläuferpartei der SPD, stellte mit 85 von 400 Delegierten, die größte Gruppe und trug damit eine besondere Verantwortung.

Die Festlegung des 1. Mai als „ArbeiterInnenkampftag“ und dem 8. März als „Weltfrauentag“ ist bis heute gültig. Im Zuge der Nationalismuswelle des Ersten Weltkrieges und der Oktoberrevolution zerbrach die Zweite Internationale und erst 1951 gelang es, die Sozialistische Internationale zu gründen.

Der Erhalt des Bündnisses war nie wirklich gesichert. Sie war massiven Richtungsdebatten und konkurrierenden Projekten (wie der Kommunistischen Internationale) ausgesetzt. Es ist aber immerhin gelungen, dass sich heute ca. 160 Organisationen, die in zahlreichen Regierungen vertreten sind, unter einem Dach versammelt haben. Statt diese Plattform aufzugeben – wie aus Teilen der SPD gefordert –, sollte sie genutzt werden. Die Geschichte mahnt, wie schwer es ist, eine weltweite Fragmentierung zu überwinden.

### ***Den Demokratischen Sozialismus als Ziel aktiv stärken***

Zu Beginn der Sozialistischen Internationalen war es Ziel der Mitglieder, sich für soziale Gerechtigkeit, Menschenwürde und Demokratie einzusetzen. Zusammengebracht wurden verschiedene Parteien und Organisationen, die alle ein gemeinsames Ziel verfolgten: den Demokratischen Sozialismus.

Bis heute ist das Ziel der Sozialistischen Internationale, den Demokratischen Sozialismus zu erreichen, was sich in den Idealen Freiheit, Gleichheit und Solidarität widerspiegelt.

# Landesparteitag der Berliner SPD am 21. November 2011

## Beschlüsse

Der wohl größte Erfolg der SI waren die Umstürze in Griechenland sowie in Portugal und Spanien, wo die SI maßgeblich beim Übergang von faschistischen Diktaturen in Demokratien beteiligt war. Sie unterstützte sozialistische Parteien über internationale Kooperationen vor allem in ihrer Aufbauphase und trug damit zum Erfolg bei. An dieses Machtpotenzial sollte sie anknüpfen. Auch heute gilt es im Auge zu behalten, wo sich Chancen eröffnen, um sozialistische Kräfte zu stärken.

Unter Willy Brandt als Präsident, dem die SPD noch heute verpflichtet sein sollte, wandelte sich die SI von einer euro-zentrischen zu einer globalen Organisation, die die internationale Solidarität im Auge auf allen Kontinenten behalten möchte. So finden sich sowohl israelische Parteien als auch die palästinensische Fatah in ihren Reihen.

Es bleibt jedoch zu betonen, dass die SI in den letzten Jahrzehnten massiv an Einfluss verloren hat. Die Gründe dafür sind weitgehend, sowohl der neoliberale Mainstream, dem sich viele sozialdemokratische Parteien, vor allem in Europa, nicht verwehrt und sogar aktiv mitgestaltet, sowie die Unbeweglichkeit der SI in strukturellen Fragen. Wir fordern deshalb einen tief greifenden Wandel innerhalb der SI, um sich wieder stark inhaltlich positionieren und weltweit aktiv für ihre Ideen eintreten zu können. Dabei bilden Sozialismus und Internationalismus eine untrennbare Einheit.

### ***Weltweite Vernetzung braucht lebendige Strukturen***

Wir fordern, dass das Präsidium in Zukunft nicht mehr von Parteivorsitzenden einiger Mitglieder besetzt wird, sondern von Personen, die kein leitendes Amt in ihrer Partei oder in der Regierung inne haben. Diese werden vom alle drei Jahre zusammentretenden Kongress gewählt. Sie können nur einmal wieder gewählt werden. Wir versprechen uns davon eine verstärkte Unabhängigkeit des Präsidiums vom politischen Tagesgeschäft, sowie eine Verbesserung der Arbeit – durch die komplette Fokussierung auf die Arbeit der SI. So kann sich die SI schneller zu aktuellen Themen positionieren und einen gemeinsamen Konsens finden. Des Weiteren werden Interessenkonflikte der Präsidiumsmitglieder vermieden. Das Präsidium muss quotiert sein, was zu einer Stärkung der internationalen Frauenbewegung nicht nur institutionell führt. Erst wieder die regelmäßige und aktive Gremienarbeit ermöglicht es, dass die Positionen über die einzelnen Mitgliedsorganisationen eine globale Öffentlichkeit erreicht.

### ***Nur mit einem starken Jugendverband kann es in die Zukunft gehen***

Wir fordern, dass die International Union of Socialist Youth (IUSY) als Jugendorganisation der SI anerkannt wird. Dadurch wird eine stärkere Einbindung der Jugend gefördert. Die formale Kooptierung des/der PräsidentIn in das Präsidium reicht nicht aus. Wir wollen ein aktives Mitsprache- und Stimmrecht für die IUSY in den einzelnen Kommissionen und Gremien – so wie es die Socialist International Women (SIW) schon erreicht haben.

### ***Partizipative Foren sind gefragt***

Es müssen Foren für inhaltliche Diskussion geschaffen werden. Die bisherigen regionalen und thematischen Komitees reichen nicht. In diesen Foren soll und muss über die Zukunft der sozialistischen Idee diskutiert werden, es muss also Raum geschaffen werden, in denen auf einer breiten Basis Visionen für die Zukunft skizziert werden können. Hierbei muss auch der Kontakt zu Nicht-Mitgliedern gesucht werden. NGOs müssen in Zukunft stärker partizipieren können, was sich für die SI nur positiv auswirken kann. Der Schritt würde den neuen Formen der globalen Vernetzung Rechnung tragen.

### ***Unsere Grundwerte sind nicht verhandelbar***

Wir fordern eine Kommission welche jede Mitgliedsorganisation alle drei Jahre überprüft. Es wird überprüft, ob die Partei inhaltlich immer noch den Grundwerten Freiheit, Gleichheit und Solidarität folgt und sich dabei für Demokratie, Menschenrechte und den welt-

# Landesparteitag der Berliner SPD am 21. November 2011

## Beschlüsse

weiten Frieden einsetzt. Die Kommission besteht aus unabhängigen Beobachtern, wobei auf die Ausgewogenheit, bei Nationalität, Geschlecht und Alter geachtet wird. Die Kommission erstellt am Ende ihrer Untersuchungen einen Bericht, der dann dem Kongress vorgelegt wird. Mitglieder die gegen fundamentale Grundwerte verstoßen haben, haben daraufhin das Recht, sich vor dem Kongress zu rechtfertigen. Der Kongress entscheidet dann über einen Ausschluss des Mitglieds. Bei dringenden Fällen muss ein demokratisches Urgent-Action-Verfahren etabliert werden.

Andererseits sollte sich die SI immer wieder fragen, welche Organisationen dem sozialistischen Verständnis folgen und damit potenziell ein Teil der SI werden könnten. Die SI darf keinesfalls zu einem starren elitären Zirkel verkommen.

### ***Nicht nur Fordern – die SPD ist selbst in der Pflicht***

Diese ersten Schritte können die Aktivitäten der SI erst einmal nur wieder anschieben. Im folgenden Prozess müssen entsprechend unserer Grundwerte Möglichkeiten bestehen, weiter kritisch zu prüfen. Weitere Veränderungen für eine bessere Partizipation oder auch Finanzierung müssen diskutiert werden. Die SI darf nicht zum Symbol verkommen, das hin und wieder zur Selbstversicherung des eigenen Internationalismus herausgeholt wird, sondern muss ein Raum für globale Teilhabe sein. Wir erteilen damit den Überlegungen der SPD, aus der SI ohne jegliches Nachfolgekonzept auszutreten, eine klare Absage. Dies wäre das absolut falsche Signal. Vielmehr sollte sie sich für die genannten Schritte einsetzen und damit für eine demokratisch gestärkte SI eintreten. Ein arroganter Überlegenheitsgestus der SPD schadet hingegen der internationalistischen Arbeit. Wir sollten stattdessen Diskussionen aus dem Kreis der Mitgliederorganisationen aufnehmen und Denkanstöße in die SI hineinragen.

### ***Die Sozialistische Internationale bleibt uneingeschränkt notwendig***

Wir sind der festen Überzeugung, dass ein internationaler Zusammenschluss sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien und Organisationen von unabdingbarer Notwendigkeit in einer globalisierten Welt ist. Von Jahr zu Jahr wird der Öffentlichkeit vor Augen geführt, dass globale Probleme nur auf dieser Ebene angegangen werden können. Nur über Organisationen wie der SI kann eine Deutungshoheit gegenüber dem kapitalistisch orientierten Mainstream erlangt werden. Wellen von demokratischer und sozialistischer Politik können so die möglicherweise entscheidenden Impulse erhalten.

---

**Antrag Nr. 35/II/11**

**KDV Lichtenberg**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Überweisung an  
BPT-Delegation**

### **Änderungsantrag zum Leitantrag Bildung und Integration:**

**„Für soziale Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben - Gleiche Bildungschancen als Voraussetzung für erfolgreiche Integration“**

Kapitel Starke Bildungsinfrastruktur durch mehr Bildungsinvestitionen – verstärkte Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen; 4. Absatz („Wir wollen das bestehende Kooperationsverbot [...]“)

*nach*

„ [...] von Ländern nur einstimmig beschlossen werden können.“

*einfügen*

Voraussetzung dabei ist, dass alle Länder gleich behandelt werden – unabhängig von den jeweiligen Schulstrukturen.



# Landesparteitag der Berliner SPD am 21. November 2011

## Beschlüsse

Antrag Nr. 37/II/11

KDV Lichtenberg

Der Landesparteitag möge beschließen:

Überweisung an

BPT-Delegation

**Änderungsantrag zum satzungsändernden Antrag des SPD-Parteivorstands zum Organisationsstatut**

§ 10 Absatz 2 Organisationsstatut

*nach*

„[...] Parteivorstand hierfür beschlossenen Grundsätzen.“

*einfügen*

Arbeitsgemeinschaften und Themenforen entscheiden autonom, welche Rechte sie den Unterstützer/innen in ihren Reihen geben wollen. Das passive Wahlrecht erhalten weiterhin nur Parteimitglieder.

---

Antrag Nr. 38/II/11

KDV Lichtenberg

Der Landesparteitag möge beschließen:

Überweisung an

BPT-Delegation

**Änderungsantrag zum Leitantrag „Partei in Bewegung“**

Kapitel Menschen vernetzen; 4. Absatz („Wir werden die Möglichkeiten [...] „)

*nach*

„[...] um Bestandteil der Beratung auf Parteitagen gehören.“

*einfügen*

Wir richten ein Online-Nachverfolgungssystem für Anträge ein, damit der Geschäftsgang von Anträgen für die Initiator/innen jederzeit nachvollziehbar ist

---

Antrag Nr. 39/II/11

KDV Lichtenberg

Der Landesparteitag möge beschließen:

Überweisung an

BPT-Delegation

**Änderungsantrag zum Leitantrag Bildung und Integration: „Für soziale Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben - Gleiche Bildungschancen als Voraussetzung für erfolgreiche Integration“**

Kapitel Gleiche Teilhabechancen für alle Kinder – Inklusive Bildung als zentrale Herausforderung; 5. Absatz („Wir wissen, dass die Weiterentwicklung [...]“)

*nach*

„[...] schrittweise mit ausreichend Zeit umsetzen.“

*einfügen*

Dabei wird frühzeitig bedacht, dass sich die Ausbildung zur Lehrkraft den neuen Ansprüchen anpassen muss. Soziale Themen müssen neben fachlichen Themen in der Lehramtsausbildung zukünftig stärker berücksichtigt werden.

# Landesparteitag der Berliner SPD am 21. November 2011

## Beschlüsse

Antrag Nr. 40/II/11

KDV Lichtenberg

Der Landesparteitag möge beschließen:

Überweisung an  
BPT-Delegation

### Änderungsantrag zum Leitantrag „Partei in Bewegung“

Kapitel Partei für Unterstützer/innen öffnen; 5. Absatz („Wir wissen: Viele Bürgerinnen [...] „)

*Ersetze*

„Ein/e Unterstützer/in erhält in einer Arbeitsgemeinschaft oder einem Themenforum der SPD – wie bereits heute bei den Jusos – die vollen Mitgliedsrechte. Bei der Berechnung von Delegiertenmandaten in der Arbeitsgemeinschaft werden sie zukünftig mit berücksichtigt.“

*durch*

Arbeitsgemeinschaften und Themenforen entscheiden autonom, welche Rechte sie den Unterstützer/innen in ihren Reihen geben wollen. Das passive Wahlrecht erhalten weiterhin nur Parteimitglieder.

---

Antrag Nr. 41/II/11

KDV Lichtenberg

Der Landesparteitag möge beschließen:

Überweisung an  
BPT-Delegation

### Änderungsantrag zum Leitantrag Bildung und Integration:

„Für soziale Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben - Gleiche Bildungschancen als Voraussetzung für erfolgreiche Integration“

Kapitel Frühkindliche Bildung stärken – Fachkräfteoffensive für Erzieherinnen und Erzieher starten

4. Absatz („Der Rechtsanspruch auf Bildung für Kinder [...]“)

*nach*

„ [...]Rechtsanspruch auf Bildung zu einem Ganztagsanspruch erweitert wird.“

*einfügen*

Eine bedarfsgerechte Förderung erfordert nicht nur ausreichend pädagogisches Fachpersonal. Wenn wir die frühkindliche Bildung stärken wollen, brauchen wir weitere Verbesserungen beim Betreuungsschlüssel.

---

Antrag Nr. 42/II/11

KDV Lichtenberg

Der Landesparteitag möge beschließen:

Überweisung an  
BPT-Delegation

### Änderungsantrag zum Leitantrag „Partei in Bewegung“

Kapitel Unterbezirke übernehmen neue Verantwortung; 3. Absatz („Kann ein Ortsverein auf Dauer [...] „)

*nach*

„ [...]wie leistungsfähig die Ortsvereine sind.“

*einfügen*

Über die Zusammenlegung von Ortsvereinen entscheiden diese selbst.

# Landesparteitag der Berliner SPD am 21. November 2011

## Beschlüsse

Antrag Nr. 43/II/11

ASG Berlin

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Überweisung an

BPT-Delegation

### Parteireform (1)

Das Organisationsstatut wird im § 15 – Parteitag, Zusammensetzung – in der Fassung des Antrages des Parteivorstandes dahin geändert, dass im Abs. 6 heißen soll:

„jeweils drei Delegierter/e der Arbeitsgemeinschaften und ein/e Delegierter/e der Themenforen und Arbeitskreise auf Bundesebene.“

---

Antrag Nr. 44/II/11

ASG Berlin

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Überweisung an

BPT-Delegation

### Parteireform (2)

Den Landesverbänden und Unterbezirken wird empfohlen zur Umsetzung der Parteireform und zur Sicherung eines ständigen strukturierten Erfahrungsaustausches eine Organisationskommission einzusetzen, die regelmäßig den jeweiligen Parteigremien berichtet und dieses ins Internet einstellt.

---

Antrag Nr. 45/II/11

Abt. 15 | Mitte

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Überweisung an

BPT-Delegation

### Zustimmungsquorum beim Mitgliederentscheid statt Beteiligungsquorum

Der Leitantrag auf Seite 6, Zeilen 42-45 wird geändert und erhält folgende Fassung: (geänderte Passage fett gedruckt)

„Wir senken das Quorum für einen erfolgreichen Mitgliederentscheid. Der Entscheid ist wirksam, wenn die Mehrheit der Abstimmenden **und mindestens ein Fünftel der Stimmberechtigten zugestimmt hat**. Zukünftig ist bei einem Mitgliederentscheid auch eine Briefwahl möglich.“

---

Antrag Nr. 46/II/11

Abt. 8 | Tempelhof-Schöneberg

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Überweisung an

BPT-Delegation

### Antrag zum Leitantrag „Partei in Bewegung. Organisationspolitisches Grundsatprogramm der SPD“

Nach dem Abschnitt *Unsere Politik ist mitten im Leben* auf Seite 10 des Leitantrags „Partei in Bewegung“ wird folgender Abschnitt eingefügt:

„Unsere Politik ist soziale Politik

Erfolgreiche Politik muss eine Politik des sozialen Ausgleichs und der sozialen Gerechtigkeit sein. Sie muss die Sorgen und Nöte der Menschen im Blick haben. Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) ist für die SPD eine wichtige Partnerorganisation, um soziale Kompetenzen zu erhalten und auszubauen. Deshalb wollen wir die AWO stärken und unterstützen. Die Praktiker/Praktikerinnen und Aktiven der AWO sollen auf allen Ebenen der Partei mehr mitreden können. Die AWO erhält daher Rede- und Antragsrecht auf den Parteitag der SPD.“

# Landesparteitag der Berliner SPD am 21. November 2011

## Beschlüsse

Wiedervorlage | Antrag Nr. 34/I/11

(vertagt vom LPT am 13.05.11)

KDV Pankow

Der Landesparteitag möge beschließen:

Vertagt zum

nächsten LPT

### Neuordnung der schienengebundenen Infrastruktur

Dem Senat von Berlin wird empfohlen, sich auf Bundesebene für die Neuordnung der schienengebundenen Infrastruktur mit der Zielstellung einzusetzen, dass regionale und lokale Eisenbahninfrastruktur in das Eigentum und die Verantwortung der Länder bzw. Regionen oder von Ihnen gebildete Institutionen übergehen, um Zuständigkeiten und Entscheidungen über Instandhaltung, Planung, Sicherung und Erweiterung der schienengebundener Infrastrukturen auf dieser Ebene und damit bei den Bestellern des SPNV anzusiedeln.

---

Wiedervorlage | Antrag Nr. 35/I/11

(vertagt vom LPT am 13.05.11)

FA Mobilität

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Vertagt zum

nächsten LPT

### Deutschland braucht dringend eine Korrektur der „Bahn-Reform“ von 1993

Das aktuelle S-Bahn-Chaos in Berlin, die Dauerkrise im ICE-Verkehr, die Einstellung des Interregio-Verkehrs, der Niedergang des grenzüberschreitenden Eisenbahnpersonenfernverkehrs und die schlechteren Service- und Verkehrs-Leistungen zeigen, dass die Bahnreform von 1993 in der derzeitigen Form unzureichend ist. Sie hat dem System „Eisenbahn“ in Deutschland nicht den gewünschten Aufschwung gebracht. Aus diesem Grunde werden die SPD-Mitglieder der Länderverkehrsministerkonferenz sowie die SPD-Bundestagsabgeordneten aufgefordert, in einer Initiative für die notwendige Kurskorrektur und Ergänzung der „Bahn-Reform“ einzutreten:

Folgende sieben Eckpunkte sind in einer neuen „Bahnreform II“ gesetzlich zu verankern:

1. Die Infrastrukturbereiche der Eisenbahnen des Bundes sind ausschließlich auf das Gemeinwohl und die Daseinsvorsorge zu orientieren. Der Erhalt, der Ausbau und die Unterhaltung der gesamten Infrastruktur ist im besten Zustand auf modernsten technischem Niveau (einschließlich Sicherheitsstandards) als Aufgabe der Deutschen Bahn nach Grundsätzen und Einzelweisungen des Bundes gesetzlich zu fixieren. Gewinne aus der Infrastruktur müssen vollständig in die Infrastruktur reinvestiert werden. Dazu ist der Gewinnabführungs- und Beherrschungsvertrag zwischen den Infrastrukturbereichen und dem Gesamt-Konzern der Deutschen Bahn aufzulösen. Entsprechende Unternehmensgrundsätze sind gesetzlich zu regeln.
2. Planungen für einen Börsengang der Deutschen Bahn (mit Ausnahme der Logistik-Sparte) sind endgültig aufzugeben. Der Bund muss seine in Artikel 87e des Grundgesetzes enthaltene Gemeinwohlverpflichtung für den Eisenbahnfernverkehr nachhaltig wahrnehmen. Das hierzu vorgeschriebene Bundesgesetz wird umgehend entwickelt und umgesetzt. Der Bund erarbeitet dabei unter Beteiligung der Länder einen Plan, in dem die Mindestversorgung im Fernverkehr und die Qualitätsstandards (z.B. Barrierefreiheit, Gepäck-, Kinderwagen-, Fahrradmitnahme, Bewirtschaftung) festgelegt und fortgeschrieben werden. Die Deutschen Bahn hat diesen Plan im Rahmen einer Ziel- und Leistungsvereinbarung als öffentlicher Dienstleister umzusetzen. Dabei sind insbesondere die Anforderungen der Raumordnung zu berücksichtigen. Ergebnis des Planes sind langfristige Fahrpläne („Deutschland-Takt“), an denen sich auch die Investitionen des Bundes zum Ausbau der Infrastruktur orientieren. Kann

# Landesparteitag der Berliner SPD am 21. November 2011

## Beschlüsse

- die Deutsche Bahn Teilleistungen nicht erbringen, so werden diese ausgeschrieben.
3. Die Verantwortung der Länder für den Schienenpersonennahverkehr bleibt erhalten. Das System der Regionalisierungsmittel wird ausgebaut und erweitert. Strecken mit nur regionaler Bedeutung (z.B. S-Bahnen) können ohne Entschädigung einschließlich der Bahnhöfe und der sonstigen Infrastruktur in die Trägerschaft des Landes übertragen werden.
  4. Für den Güterverkehr sowie Sonderzugverkehre (die nicht Bestandteil der Daseinsvorsorge sind) werden ein diskriminierungsfreier Zugang privater Eisenbahnunternehmen in das Schienennetz nach EU-Vorgaben und ein Wettbewerb ermöglicht.
  5. Nichtbundeseigene Eisenbahnverkehrsunternehmen können für Verkehrsleistungen im Schienenpersonenverkehr von den Ländern bzw. vom Bund beauftragt werden, wenn gewährleistet wird, dass sie den Beschäftigten ein von den Tarifpartnern vereinbarten Branchentarifvertrag mit einem Mindestlohn für alle Beschäftigten bieten und bei einem Betreiberwechsel das Betriebspersonal mit Kündigungsschutz übernommen wird.
  6. Abgestimmte Fahrpläne und Tarife sowie ein direkter Vertrieb werden gewährleistet, damit die Netzwirksamkeit des Systems Eisenbahn als einheitliches System erhalten, gestützt und gefördert wird. Die Fahrplaninformationen erfolgen umfassend (zeitlich und örtlich) und diskriminierungsfrei über alle Informationskanäle. Sie steht allen Nutzern auch ohne den Einsatz eigener technischer Hilfsmittel zur Verfügung.
  7. Die SPE-Abgeordneten werden aufgefordert, sich für die Europäisierung der nationalen Staatsbahnen einzusetzen, damit im internationalen Verkehr leistungsfähige und konkurrenzfähige Angebote realisiert werden. Aufbauend auf ersten Ansätzen zu Kooperationen und Allianzen der Staatsbahnen (z.B. „Berlin-Warszawa-Express“, Allianzen DB/SBB und TGV/ICE) ist ein „Verbund der Staatsbahnen der Europäischen Union“ zu entwickeln. Das Tarifsystem ist zu vereinfachen und konkurrenzfähig insbesondere zum Flug- und Autoverkehr zu gestalten (z.B. Abschaffung von nationalen bzw. produktbezogenen „Inseltarifen“). Die staatlichen Eisenbahnen sind zu einer Kooperation im Eisenbahnfernverkehr zu verpflichten. Im Ergebnis wird z.B. der grenzüberschreitende Eisenbahnverkehr nach Italien, Lettland und Estland wieder aufgenommen.

---

**Wiedervorlage | Antrag Nr. 36/I/11**

**(vertagt vom LPT am 13.05.11)**

**Abt. 03 | Reinickendorf**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**DB Netz AG aus dem Mutterkonzern DB herauslösen**

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die DB Netz AG aus der Verflechtung des Mutterkonzerns DB AG heraus zu lösen und in öffentlicher Hand zurückgeführt wird.

---

**Antrag Nr. 48/II/11**

**Abt. 4 | Neukölln**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**U-Bahn nach Schönefeld verlängern**

1.) Die U-Bahnlinie 7 soll vom U-Bahnhof Rudow bis zum Regionalbahnhof Schönefeld mit einem U-Bahnhof „Lieselotte-Berger-Platz“ im Frauenviertel verlängert werden.

2.) Der Bustransfer von und zum Flughafen BER soll danach vom Regionalbahnhof Schönefeld ablaufen.

---

**Annahme**

**i. d. F. d. AK :**

---

**Überweisung an**

**FA Mobilität**

# Landesparteitag der Berliner SPD am 21. November 2011

## Beschlüsse

3.) Die aktuellen Planungen für die Veränderung der Verkehrsabläufe und damit verbundene umfangreiche Baumaßnahmen im Kreuzungsbereich Neuköllner Straße / Neudecker Weg / Groß-Ziethener Chaussee (Rudower Spinne), u. a. verbunden mit

- der Errichtung zweier zusätzlicher U- Bahnausgänge in der Neuköllner Straße mit Rolltreppen,
- der zusätzlichen Errichtung einer Lichtzeitanlage in der Neuköllner Straße, dem Bau einer Wendekehre durch einen begrünten Mittelstreifen vor einer Kindertagesstätte und der vorhandenen Wohnbebauung und den dazu gehörenden Fahrrad- und Gehwegumbauten,
- der Rodung von min. sechs gesunden Bäumen,
- dem Straßenumbau auf der westlich gelegenen Neuköllner Straße vor dem Senioren- und Wohnhaus und dem Wegfall von 15 Parkplätzen und der Verlegung des Fahrradweges auf die Straße von ca. 60 Meter vor der Lichtzeitanlage Groß-Ziethener-Chaussee,
- und dem Wegfall weiterer 25 PKW-Stellplätze am Rande des Ortsteilzentrum Rudow durch Halteverbote für Bus-Betriebshaltstellen

sind zurückzunehmen.

4.) Die bei Ziff. 3 eingesparten Kosten und die auf 25 Jahre hochgerechneten eingesparten Gesamtkosten eines Bustransfers zwischen dem U-Bahnhof Rudow, Regionalbahnhof Schönefeld und dem U-Bahnhof Rudow sollen für die Verlängerung der U-Bahn verwendet werden.

5.) Der Bus 171 soll weiterhin in beide Richtungen durch Alt-Rudow fahren.

6.) Die Optimierung der Lichtzeitanlagen im Bereich der Rudower Spinne soll nach der Inbetriebnahme des Flughafens BER erfolgen, um den Fahrzeugverkehr zum und vom Ortsteilzentrum Alt-Rudow , insbesondere die Erreichbarkeit der in Alt- Rudow liegenden Feuerwehrrache für die Kameraden der FF Rudow, die zu erwartenden höheren Verkehrsströme der sechs zueinander laufenden Straßen und die einsetzenden Busse besser regulieren zu können.

---

**Antrag Nr. 50/II/11**

**KDV Lichtenberg**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Überweisung an  
den Reg. Bürger-  
meister**

**Senatsmitglieder aus dem Ostteil der Stadt!**

Die SPD Berlin wird aufgefordert, bei der Bildung des Berliner Senats das Ostberliner Wahlergebnis zu berücksichtigen. Die Ost-SPD ist aus den Berliner Wahlen gestärkt hervorgegangen. Dies sollte sich bei der Zusammensetzung des Senats widerspiegeln.

---

**52/II/11**

**Landesvorstand**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Annahme**

**Konsensliste**

Die im Antragsbuch mit gekennzeichneten Empfehlungen der Antragskommission wurden im Konsens ausgesprochen. **Der Landesparteitag stimmt diese mit gekennzeichneten Anträge en bloc ab.**

# Landesparteitag der Berliner SPD am 21. November 2011

## Beschlüsse

### *Resolution*

Resolution zu rechtem Terror

Annahme

Antragsteller: GLV + Antragskommission + Philipp Steinberg

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

### **Gemeinsam gegen Verharmlosung und rechten Terror – für ein pluralistisches und tolerantes Deutschland**

Wir trauern um Theodoros Boulgarides; Michèle Kiesewetter; Habil Kılıç Mehmet Kubaşık, Abdurrahim Özüdoğru, Enver Şimşek, Süleyman Taşköprü, Yunus Turgut, İsmail Yaşar und Halit Yozgat.

Sie mussten sterben, weil sie nicht in das Bild der Rechtsextremen passten.

Die Berliner SPD ist schockiert darüber, dass eine solche Anzahl an Morden geschehen konnte, ohne dass die Ermittlungsbehörden den Zusammenhang zwischen diesen rassistischen Morden erkannt haben. Eine Analyse der Versäumnisse ist dringend geboten. Wir fordern, notwendige Konsequenzen zu ziehen, damit sich derartiges in Zukunft nicht wiederholen kann.

Mehr als 150 Opfer rechtsextremistischer Gewalttaten sprechen für sich. Der Handlungsbedarf ist unübersehbar geworden. Wir müssen die notwendigen Schlussfolgerungen ziehen – in finanzieller und organisatorischer Hinsicht. Wir benötigen aber auch einen Mentalitätswechsel.

Die Berliner SPD steht für ein Deutschland, in dem Menschen ohne Angst verschieden sein können und sich sicher fühlen.

Wir stehen ein für ein Land, in dem Freiheit und Respekt, Vielfalt und Weltoffenheit lebendig sind. Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Wir wenden uns entschieden gegen die andauernde Verharmlosung rechtsextremistischer Gewalt. Nicht nur wurden Bundesmittel zur Bekämpfung rechtsextremistischer Gewalt gekürzt und umgewidmet auch zur Bekämpfung angeblicher linksextremistischer Gefahren. Menschen, die in Ostdeutschland manchmal unter Gefahr für Leib und Leben gegen rechte Alltagsgewalt kämpfen, werden noch dazu via „Extremismusklausel“ unter den Generalverdacht linksextremistischer Gesinnung gestellt.

Für der Berliner SPD ist auch klar: Wir brauchen endlich ein Verbot der menschenverachtenden NPD. Wir können rechtsextremistische Gesinnungen damit nicht verhindern. Wir können jedoch damit verhindern, dass rechter Terror mit staatlichen Mitteln unterstützt wird, und die NPD unter dem Schutz des Parteienprivilegs Raum für die öffentliche Darstellung bekommt.

Wir müssen uns entschieden gegen Strukturen stellen, welche die Verbreitung rechtsextremistischen Gedankengutes fördern oder tolerieren. Wir müssen Gesicht zeigen gegen offene und verdeckte Diskriminierungen bestimmter Gruppen von Menschen. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit richtet sich im Endeffekt gegen die pluralistische Demokratie an sich.

Die Verharmlosung rechter Gewalt muss beendet werden. Nie wieder rechter Terror in

# Landesparteitag der Berliner SPD am 21. November 2011

## Beschlüsse

Deutschland!

---

### *Initiativanträge*

---

#### **Initiativantrag 02**

Antragsteller: B.Tesch, Helmut Kleebank u. a.

Der Landesparteitag möge beschließen:

**Annahme**

**i. d. F. d. LPT**

#### **Weiter für den Mindestlohn kämpfen**

Der Senat wird aufgefordert, die Bundesratsinitiative des Landes Mecklenburg-Vorpommern für einen gesetzlichen Mindestlohn zu unterstützen.